

forum



Welcome to LiLa-Land!

„Alles neu, macht der Mai“, heißt es im Volksmund, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Inwieweit das auch für die neue Landeregierung Nordrhein-Westfalens gilt, bleibt noch abzuwarten. Jedenfalls haben wir seit dem 14. Mai 2017 eine neue, da die alte Regierungskoalition aus SPD und Grünen abgewählt worden ist. „Die Seele frisch und frei“ gemacht, wie es im Gedicht „Der Mai“ von Hermann Adam von Kamp (1796-1867) weiter heißt, auf das das o.g. Sprichwort zurückgeht, haben wohl weder SPD und Grüne noch werden wir es von der nun amtierenden christlich-liberalen Koalition erwarten dürfen. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Ergebnis der NRW-Landtagswahl findet ihr in der Rubrik TITELTHEMA in dieser „forum“-Ausgabe. Dazu muss leider auch die Beschäftigung mit der Frage gehören, warum zum ersten Mal in der Geschichte NRWs eine rassistische Partei in den Landtag einziehen konnte.

Mit Blick auf die Rubrik AUS DEN GREMIEN freuen wir uns, euch mit der nun vorliegenden Ausgabe ein Interview mit Kolleg*innen der FG Gesamtschule unserer Stadtverbands vorlegen zu können. Für das „forum“ 04-2017 dürfen an dieser Stelle bereits das Interview mit Mitgliedern der Kölner jungeGEW ankündigen, die in der aktuellen Ausgabe auch schon eine eigene Rubrik bekommen hat. Hier geht es um Themen, die vor allem Kolleg*innen unter 35 Jahren betreffen. Das ist die Altersgrenze, bis zu der GEW-Mitgliedern die Mitarbeit in jungeGEW-Strukturen ans Herz gelegt wird. Studierende dürfen sich ebenso angesprochen fühlen wie Auszubildende, Schüler*innen, Lehramtsanwärter*innen, Berufseinsteiger*innen und andere!

Unter INTERNATIONALES findet sich ein Bericht über Lehrer*innen, die sich eine ungleiche Bezahlung und zunehmendes Arbeitspensum nicht mehr gefallen lassen wollen. Es geht um die Niederlande, wo ebenfalls erst vor kurzem gewählt worden ist. Die Forderungen an die neue Regierung werden dort sehr klar formuliert – ebenso klar sind die Antworten, die die Kolleg*innen dort parat haben, sollte ihren Forderungen nicht entsprochen werden.

Zwar konnten wir aus redaktionellen Gründen in dieser Ausgabe noch nicht auf den historischen Bundestagsentscheid zur „Ehe für alle“ eingehen. Dennoch ist der „Arbeitskreis homosexuelle Lehrkräfte“ der Kölner GEW mit einem eigenen Artikel vertreten. Nach längerer Zeit gilt dies übrigens auch für die Schulform Berufskolleg. Der entsprechende Artikel geht zwar (noch) nicht auf die Arbeit der entsprechenden Fachgruppe BK zurück, es gibt sie aber seit kurzem wieder im Kölner GEW-Stadtverband und zu Treffen wird eingeladen (vgl. „save the date“).

Am Ende sei noch auf das Interview des frisch gewählten neuen Referenten der Bundes-GEW für Tarif- und Beamtenrecht hingewiesen, das wir mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung „junge Welt“ mit ins Heft nehmen konnten.

Wir wünschen allen einen weiterhin schönen Sommer und hoffen auf viele aktive GEW-Mitglieder in den Fachgruppen, Arbeitskreisen und weiteren Gremien. Gemeinsam und organisiert können wir etwas erreichen!

Eure „forum“-Redaktion

forum 3-2017

TITELTHEMA

- Nach den Landtagswahlen Schwarz/Gelb statt Rot/Grün 04
- Gewerkschaften und AfD 08

AUS DEN GREMIEN

- Sonderpädagogische Berufe 10
- Gesamtschule 12
- Gymnasium 15
- AK Homosexuelle Lehrer*innen 16

BILDUNGSPOLITIK

- Indirekte Steuerung 17
- Streikrecht für Beamte*innen 19

ARBEITSPLATZ SCHULE

- COPSOQ 20
- RECHTSBERATUNG 23
- Berufskolleg 24
- Nippes Museum 28

INTERNATIONALES

- Streik an holländischen Grundschulen 30
- Interview mit der spanischen Studierenden-Gewerkschaft 34
- JungeGEW 36
- Aktive Ruheständler*innen 37
- 1. Mai 40
- TERMINE 42
- KONTAKTE FG UND AK 43



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (= Nachname mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS oder dem forum) stehen weitere Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Erscheint fünfmal im Jahr

Bezugspreis: 1,25 Euro.

Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Eva Hering, Guido Schö-
nian, Jutta Jilg, Stefan Schüller, Ines
Bartenstein (zeitweilig)

Geschäftsstelle:

Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch, 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

**TELEFONISCHE
RECHTSBERATUNG**
02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Titelfoto: 4zevar / fotolia

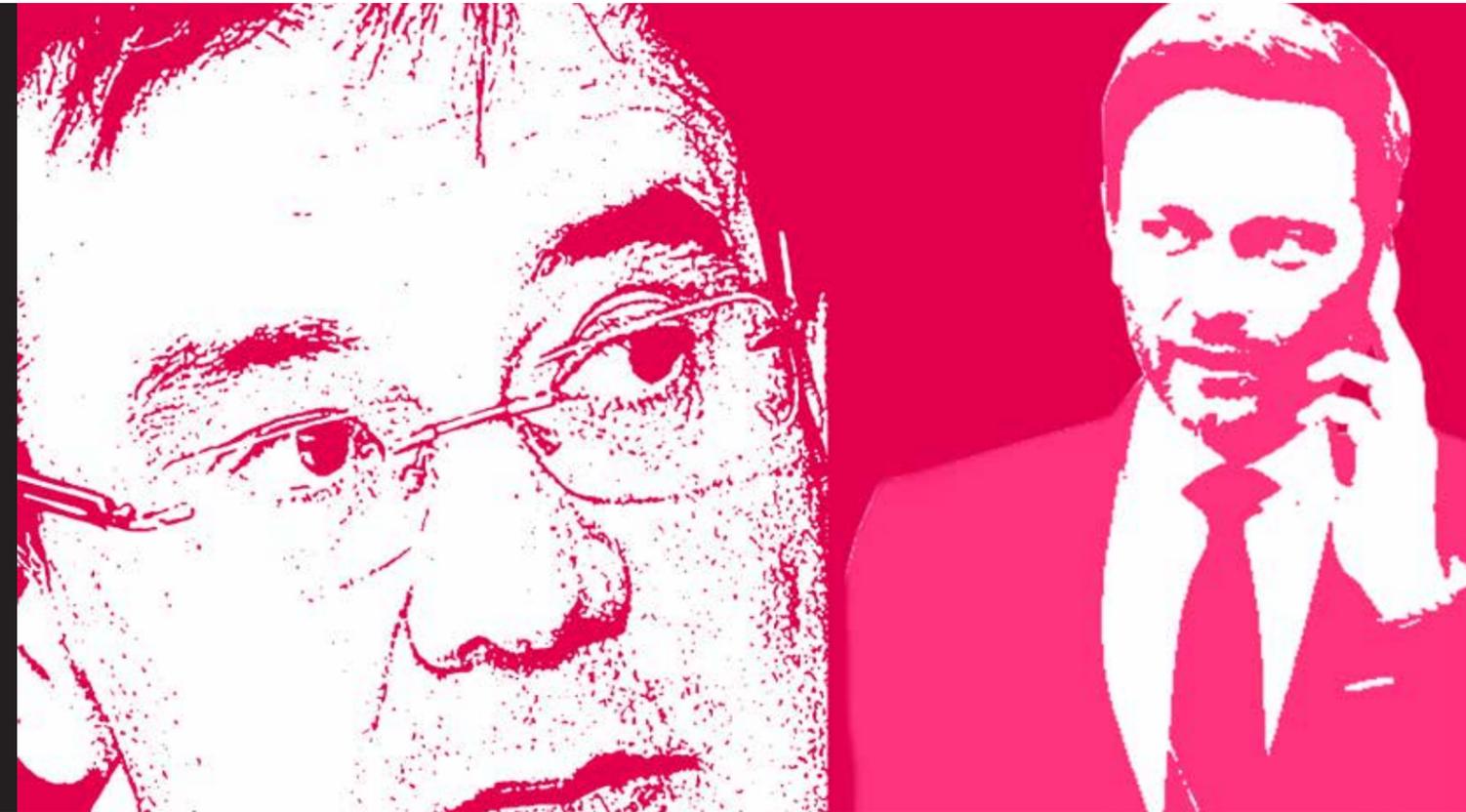
**Redaktionsschluss nächste
Ausgabe:** 16.09.2017



Der Regierungswechsel bringt uns den Arbeitgeber-Wechsel

Anmerkungen zur Landtagswahl NRW: Was ist da passiert? Und auf was sollten wir uns gefasst machen?

von Stefan Schüller und Guido Schöniar, Mitglieder der „forum“-Redaktion



Gerade als die Gewerkschaft, die die Kolleg*innen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich vertritt, sollten wir uns etwas intensiver mit den für viele überraschenden, für manche sogar schockierenden Ergebnissen der Landtagswahl in NRW befassen. Schließlich hat damit nun für einige von uns sozusagen ein Arbeitgeberwechsel stattgefunden. Bildungspolitik ist Ländersache und gerade dieses Mal deutet einiges darauf hin, dass Rot-Grün vor allem wegen ihrer Bildungspolitik abgewählt worden ist.

Wir alle kennen das Ergebnis, das gerade Gewerkschafter*innen und Pädagog*innen, Landesbeschäftigte und Menschen, denen die Bildung am Herzen liegt, ein mulmiges Gefühl bereiten mag:

Partei	Stimmenanteil	Veränderung	Sitze
SPD	31,2%	-7,9%	72 Sitze
CDU	33%	+6,6%	69 Sitze
GRÜNE	6,4%	-5,0%	14 Sitze
FDP	12,6%	+4%	28 Sitze
PIRATEN	1%	-6,8%	
LINKE	4,9%	+2,4%	
AfD	7,4%	+7,4%	16 Sitze
SONSTIGE	3,7%	-0,9%	

Da hinter diesen Zahlen aber auch echte Menschen stecken, ist ein Blick auf die absoluten Zahlen interessant. So haben nur

65,2% der Wahlberechtigten den Weg in die Wahllokale gefunden. Das bedeutet umgekehrt, dass sich fast 4,6 Millionen Menschen von etwas mehr als 13 Millionen wahlberechtigten Nordrhein-Westfäl*innen ihrer Stimme enthalten haben. Damit sind die Nicht-Wähler*innen wieder einmal die stärkste Partei und entsprechen der gesamten Wählerschaft von CDU, FDP und AfD zusammen!

Hinter den o.g. Prozentwerten, die die einzelnen Parteien auf sich vereinen konnten, stecken folgende Personenzahlen:

Partei	Anzahl Menschen	Stimmen
SPD	2,6 Mio. Menschen*	(- 400.000 Stimmen*)
CDU	2,8 Mio. Menschen*	(+ 750.000 Stimmen*)
GRÜNE	539.062 Menschen	(- 350.000 Stimmen*)
FDP	1,1 Mio. Menschen*	(+ 400.000 Stimmen*)
PIRATEN	80.939 Menschen	(- 500.000 Stimmen*)
LINKE	415.808 Menschen	(+ 200.000 Stimmen*)
AfD	626.756 Menschen	(+ 600.000 Stimmen*)
SONSTIGE	315.209 Menschen	(- 20.000 Stimmen*)

*= gerundet

Was bleibt?

Die CDU hat nicht gewonnen, sondern SPD und Grüne haben verloren. Das CDU-Ergebnis war prozentual das zweitschlechteste,

das diese Partei in den 17 Wahlen erzielt hat, die seit 1947 in NRW stattgefunden haben.

Trotz eines signifikanten Anstiegs der Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen, ist diese weiterhin niedrig. Die Nichtwähler*innen bleiben die „stärkste Partei“. Gerade die untersten Schichten der Arbeitnehmerschaft werden in dem Wahlergebnis weniger repräsentiert, weil sie in geringerer Zahl in die Wahllokale gehen.

Die Grünen und DIE LINKE

Bevor wir uns nun dem widmen, was in den nächsten fünf Jahren auf uns zukommen mag, soll noch ein Blick zurück gestattet sein. Vor der Wahl verkündete die damalige Schulministerin Sylvia Löhrmann vollmundig: „Mein Ziel ist der Hattrick: drei Mal drittstärkste Partei, drei Mal zweistellig, drei Mal Regierungsverantwortung!“. So stand es auf ihrer Homepage zu lesen. Nach der Wahl sagte sie in die Fernsehkameras: „Wir haben viele gute Weichen für die Schulpolitik gestellt, aber es hat die Lehrerinnen und Lehrer wohl überfordert“.

Dass die Grünen mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft eingeblüht haben, geht mit Sicherheit auf die stark kritisierte Bildungspolitik und das entsprechende Wahlverhalten von Pädagog*innen, Eltern etc. zurück.

Nur 0,1 Prozent oder 8.600 Stimmen mehr und die Debatte über das Wahlergebnis der LINKEN wäre komplett anders ausgefallen. Entscheidend für die Bewertung des Wahlergebnisses die-

ser Partei darf aber nicht die undemokratische Fünf-Prozent-Hürde sein, sondern die Tatsache, dass DIE LINKE ihre Stimmenzahl verdoppeln konnte und so verhältnismäßig mehr hinzugewonnen hat als jede andere Partei mit Ausnahme der AfD, die ja erstmals bei den Landtagswahlen angetreten war.

Warum eine Partei, die sich die soziale Gerechtigkeit und den Antirassismus auf die Fahnen geschrieben hat, um den Einzug ins Landesparlament zittern musste und ob der Plakat-Slogan „Zeig´ Stärke!“ besonders mobilisierend gewirkt hat, müssen die Parteimitglieder selbst klären.

Schwarz-gelbe Dämmerung

Aller Voraussicht nach werden CDU und FDP ihre hauchdünne Einstimmenmehrheit nutzen und eine schwarz-gelbe Koalition schmieden. Dieses Bündnis würde zum zweiten Mal nach 2005-2010 zustande kommen. Schauen wir auf die letzte schwarz-gelbe Regierungszeit, so müssen wir als Bildungsgewerkschaft festhalten, schwant nichts Gutes. Die Bilanz war aus der Perspektive einer progressiven Bildungspolitik heraus desaströs. Die Kopfnoten (Betragensnoten für Schüler*innen) waren nicht nur mit überflüssiger Mehrarbeit für die Kolleg*innen an den Schulen verbunden, sondern waren überdies Ausdruck einer verschärften sozialen Selektion. Es ging dabei nicht um pädagogische Belange, diese konnten auch vorher schon durch Bemerkungen auf den Zeugnissen zum Ausdruck gebracht werden. Vielmehr wurde die Tendenz der Quantifizierung der „Leistungen“ der Schüler*innen beschleunigt.



Der „Marktwert“ der Schüler*innen sollte sich für Unternehmen direkt aus den Kopfnoten herauslesen lassen.

Rot-grüne Verbesserungen

Deren Abschaffung durch Rot-Grün war daher folgerichtig. Auch die Rückkehr zur Drittelparität in der schulischen Mitbestimmung war richtig. Die Beschneidung der Rechte insbesondere der Schüler*innen in den Schulkonferenzen zeugte von einem Verständnis einer altbackenen hierarchisierten Pädagogik, bei der die Lehrenden und die Schulleitungen am besten wissen, was für die Lernenden das Richtige ist. Das zeigte sich auch bei der Verbindlichkeit der Schulformempfehlung, die Rot-Grün ebenfalls zurücknahm. Rot-Grün drehte auch die Verschlechterungen bei der Mitbestimmung der Lehrer*innen zurück. Das zuvor ausgehöhlt LPVG wurde damit wieder mit Leben gefüllt. Die allgemeinen Studiengebühren wurden abgeschafft.

Auf halber Strecke stehen geblieben ...

Allerdings zeigte sich einmal mehr, dass die rot-grüne Regierung zwar gewillt war, Verschlechterungen in der Bildungspolitik zurückzudrehen, dass sie aber nicht mehr wollte und auf halber Strecke stehen blieb.

Um den Leistungsdruck auf Schüler*innen weiter zu reduzieren, hätte man nicht nur die Kopfnote abschaffen sollen, sondern insgesamt den Notendruck zurückfahren können. Eine Ausweitung der Orientierungsphase in den weiterführenden Schulformen wäre möglich, ein Abschulungsverbot wäre geboten gewesen. Die Abschaffung des Turboabiturs an den Gym-

nasien wäre angebracht gewesen. Um die Mitbestimmung von Schüler*innen und Lehrer*innen zu stärken, wäre nicht nur die Wiedereinführung/Stärkung der Drittelparität und des LPVG notwendig gewesen. Mehr Schuldemokratie zu wagen, hieße an den grundsätzlichen Säulen die Axt anzulegen, die unser Schulsystem zu einem hierarchisierten machen. Was hilft die Mitbestimmung in der Schulkonferenz bei der Schulleiterwahl, wenn bei den meisten Wahlen nur ein Kandidat zur „betreuten Wahl“ steht? Was hilft die Mitbestimmung der Lehrerkonferenz, wenn Kolleg*innen in Bewerbungsverfahren stecken, bei denen sie auf die Gunst ihrer Schulleitung angewiesen sind? Was hilft die Schüler*innenorientierung als Prinzip, wenn die Curricula überfrachtet sind? Wieso darf die Bundeswehr an Schulen noch immer werben, an Hochschulen noch für militärische Zwecke geforscht werden?

Verbindung zur Sozialpolitik

Eine gute Bildungspolitik muss überdies immer mit einer gerechten Sozialpolitik verbunden werden. Wir brauchen eine Mietpreisbremse, die den Namen verdient, und sozialen Wohnungsbau, um die soziale Segregation der Einzugsgebiete zu überwinden, damit kein Kind zurückgelassen wird. Von Schwarz-Gelb ist allein bei einem flüchtigen Blick auf die letzte Regierungsbilanz keine Besserung zu erwarten. Unter dem Deckmantel der Schlagworte Bürokratieabbau, Freiheit, Entfesselung oder Chancengerechtigkeit werden wahrscheinlich auch noch andere soziale Grausamkeiten wie die jetzt beschlossene Einführung von Studiengebühren für ausländische Studierende begangen werden.



GEW-Veranstaltung vor der Landtagswahl in Köln: Die Kandidat*innen stellen sich den Fragen.



Fotos: Florian Jaenike / SPD, Pressefoto (Montage)

Die Gewerkschaften und der Kampf gegen die AfD

Zum ersten Mal in der Geschichte NRWs hat es mit der rassistischen AfD eine extrem rechte Partei ins Landesparlament geschafft. Was bedeutet das gerade für uns als Gewerkschaft?

von Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des „Geschäftsführenden Ausschusses“ (GA) der GEW Köln

Von 13 Millionen Menschen, die am 14. Mai 2017 zur Landtagswahl in NRW aufgerufen waren, haben rund 8,6 Mio. (= 65,15%) von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Das ist nach 2000 (56,73%) und 2012 (59,32%) die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1947. Von 1950 bis 1990 lag die Wahlbeteiligung in NRW jedes Mal bei über 70%!

Kann das als Zeichen für den zunehmenden Frust über die „etablierten Parteien“ gewertet werden?

Was in jedem Fall gilt, ist, dass eine nicht abgegebene Stimme immer auch den Parteien am rechten Rand nutzt. Und dieses Mal hat es in unserer seit Jahrhunderten multikulturell geprägten Region tatsächlich für eine Partei gereicht, die mit Rechtspopulismus und übler Hetze gegen Menschen von sich Reden gemacht hat. Uns allen ist die Forderung nach dem „Schießbefehl gegen Flüchtlinge“ noch im Ohr, die von prominenten Vertreterinnen dieser Partei vorgebracht worden ist.

AfD punktet, wo die SPD einstecken musste

Die AfD ist noch vor den Grünen, der bisherigen Regierungspartei, auf dem vierten Platz gelandet. Sie bekam 7,38% bzw. 626.756 Stimmen. Vor allem konnte sie in ehemaligen Hochburgen der SPD punkten, wo sie wie in Gelsenkirchen bis zu 15,2% der Erststimmen auf sich vereinen konnte. Aber auch in Duisburg und Essen gelang ihr der Sprung über die 10-Prozent-Marke (Duisburg 14,6%; Essen/Mülheim 13,1%).

Dass eine Partei wie die AfD derart stark werden konnte, die nur nach unten treten kann und dem Wahlvolk erklärt, sein vermeintliches Heil würde darin bestehen, die Menschen nach sexueller Neigung, Hautfarbe und/oder Nationalität zu sortieren, kann uns als Gewerkschaftsmitglieder nicht kalt lassen.

Bemerkenswert war das Plakat der AfD, auf dem eine ältere Frau in einem Mülleimer nach Pfandflaschen sucht. Der Untertitel lautete: „Die Früchte eines arbeitsreichen Lebens“. Damit zeigt diese Partei, dass sie am Gefühl der sozialen Ungerechtigkeit ansetzen will, das viele Menschen umtreibt. Eine Partei der sozialen Gerechtigkeit ist sie mit Sicherheit nicht und was sie zum Phänomen des Klimawandels von sich gibt, desavouiert sie gänzlich. Auf ihrem Bundesparteitag, der vor kurzem im „Maritim“-Hotel in Köln stattgefunden hat, hat die AfD einen weiteren Rechtsschwenk vollzogen.

Was tun?

Bleibt die Frage, was angesichts der parlamentarischen Stärke zu tun ist, die die AfD nach Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt nun auch in NRW hat. In Sachsen-Anhalt rangierte sie mit 24,3% nach der CDU sogar noch vor der SPD und allen anderen Parteien. Folgt man der These, dass rechte Parolen immer dann Gehör finden, wenn die ökonomische Lage unsicherer wird, dann liegt der Schluss nahe, an die soziale Schieflage herangehen zu müssen. Kurz vor den NRW-Wahlen äußerten sich gestandene ältere Damen aus dem Ruhrpott noch gegenüber dem Radiosender WDR 5, sie würden nun doch nicht die AfD wählen, sondern könnten wie immer bei der SPD bleiben. Schließ-



lich habe Martin Schulz ihnen das Gefühl gegeben, dass die SPD doch noch für soziale Politik stehe. Was die Interviewten nach dem Ende des Hypes um den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten am Wahltag gemacht haben, wissen wir nicht. „Zum Kampf gegen Rechts ist [jedenfalls] ein Programm nötig, das die wahren Ursachen und Lösungen für die sozialen Probleme benennt und auch einen Weg aufzeigt, solche Lösungen zu erkämpfen“, so die Schlussfolgerung von Steve Hollasky, Claus Ludwig und Sascha Stanicic in ihrem gerade erst erschienen Buch „Brandstifter – AfD. Pegida. Islamhass; Analysen und Gegenstrategien“ (263 Seiten, manifest-Verlag). Ein entscheidender Beitrag käme uns als Gewerkschaft dabei zu.

Kampf gegen Rechts heißt Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit!

Was nicht funktioniert, ist, die AfD ausgerechnet zusammen mit denen zu bekämpfen, die die sozialen Probleme zu verantworten haben. Folgt man den o.g. Autoren, so sind „[...] Rassismus und Rechtspopulismus in Wirklichkeit nicht nur gegen eine Minderheit [...], sondern gegen die große Mehrheit aller Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten“ gerichtet. Es geht demnach um einen Spaltungsmechanismus. Wer gegen „ausländische“ Beschäftigte hetzt, treibt einen Keil in die Arbeitnehmerschaft. Und das kann nur der Gegenseite nutzen.

Demgegenüber sind „die Gewerkschaften die Organisationen, die die größte Verantwortung tragen, den Rechten etwas entgegenzusetzen. [...] sie [sind] wahrscheinlich die Organisationen mit den meisten MigrantInnen und MuslimInnen in ihren Reihen. Es gibt

sehr viele aktive GewerkschafterInnen, die sich in ihren Betrieben und vor Ort gegen Rechts engagieren“. Aber, so die Autoren weiter: „[...] Während die Gewerkschaftsführungen in solchen Bündnissen [u.a. mit Arbeitgeberverbänden und Kürzungsparteien] ausstrahlen, dass sie Teil des elitären Establishments sind [...], können sich Rechtspopulisten in Abgrenzung zu solchen Initiativen als »Stimme der kleinen Leute« präsentieren“.

An alten Gewerkschafts-Kampagnen ansetzen!

Nun ist es nicht so, als sei die AfD ein neues Phänomen. Vor allem aus den 1980er und -90er Jahren sind uns Städte wie Mölln, Solingen oder Hoyerswerda noch in schlechter Erinnerung. Und gerade in dieser Zeit entstanden „sinnvolle gewerkschaftliche Kampagnen, wie die durch das Symbol der gelben Hand bekannt gewordene Kampagne »Mach' meinen Kumpel nicht an!«, die 1986 gegründet wurde“.

Heute könnten „die Gewerkschaften [...] sich an die Spitze zur Bildung von antirassistischen Aktionsbündnissen stellen, welche den Kampf gegen Rassismus mit der sozialen Frage verbinden und zum gemeinsamen Kampf aller Betroffenen gegen soziale Verschlechterungen aufrufen“.

Abschließend wird im genannten Buch noch auf eine tatsächliche Begebenheit aus der jüngeren Geschichte hingewiesen: „[...] warum war es eigentlich möglich, nach dem RAF-Mord am Arbeitgeberpräsidenten Schleyer 1977 oder nach dem 11. September 2001 (wenn auch nur als Gedenkveranstaltung für fünf Minuten) Arbeitsniederlegungen durchzuführen, nicht aber nach der Aufdeckung der NSU-Mordserie?“.



Inklusion + Realität



Bericht über die GEW-Veranstaltung vom 3.5.2017 im Rahmen der GEW Köln-Reihe „Diskussion mit der Landespolitik“ vor der Landtagswahl

von Esther Brandt und Heiner Brokhhausen, Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Die Veranstaltung war mit ca. 85 interessierten Teilnehmer*innen gut besucht. Sie wurde von der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe vorbereitet und durchgeführt. Michael Franz begleitete als Moderator durch den Abend und sorgte mit gezielten Fragen, Zitaten und Anmerkungen dafür, dass die Politiker*innen konkreter Stellung beziehen mussten.

Erfahrungsberichte

Zu Beginn gab es Erfahrungsberichte von Kolleginnen aus unterschiedlichen, inklusiv arbeitenden Schulformen, einer Mutter eines Kindes mit sonderpädagogischem Förderbedarf und einer Schulleiterin einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung.

Alle Pädagog*innen äußerten Unzufriedenheit mit der derzeitigen Situation. Sie bemängelten vor allem zu geringe Doppelbesetzungen, unzureichende Räumlichkeiten, fehlende Teamzeiten und das Erlöschen des Förderanspruchs für LES-Schüler*innen (Förderschwerpunkte Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung sowie Sprache) nach der Sekundarstufe I.

Zwei Kolleginnen, die vor dem Schulrechtsänderungsgesetz lange Jahre im Gemeinsamen Unterricht gearbeitet hatten, berichteten, dass sie unter den damaligen Bedingungen wie kleinere Klassen, mehr Doppelbesetzungen und angemessene Teamzeiten, alle Schüler*innen erheblich besser fördern konnten.

Alle Lehrer*innen äußerten sich dahingehend, dass durch die derzeitigen Gegebenheiten eine enorme Arbeitsbelastung entstehe und das Gefühl, nicht hinreichend fördern zu können.

Eine Mutter berichtete von der Odyssee, für ihren Sohn mit einer Autismus-Spektrum-Störung einen geeigneten Schulplatz im Regelschulsystem zu finden und das, trotz zugesicherter Unterstützung

eines Integrationshelfers. Er wurde deshalb lange Zeit überhaupt nicht beschult. Mittlerweile besucht er eine Förderschule für Emotionale und Soziale Entwicklung.

Die Schulleiterin einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung erläuterte, dass der Druck durch die Verschlechterung der Schüler-Lehrer-Relation, eine deutlich schwierigere Schülerschaft und auch durch die zurückkehrenden, in der Inklusion gescheiterten Schüler*innen deutlich zunehme. Zudem stelle die sehr späte Zuweisung eines Förderschwerpunktes im Primarbereich und die damit zu spät einsetzende adäquate sonderpädagogische Förderung ein Problem dar.

Stellungnahmen

Nach den Erfahrungsberichten waren die Politiker*innen aufgefordert, Stellung zu nehmen.

In der anschließenden Fragerunde aus dem Plenum wurden noch einmal die unterschiedlichen Gewichtungen und Positionen deutlich.

Alle Politiker*innen waren sich dahingehend einig, dass die schulische Inklusion fortgeführt werden sollte, dass aber auch Verbesserungsbedarf besteht.

Während sich die Vertreter von CDU (Serap Güler, MdL) und FDP (Yvonne Gebauer, MdL) für den Erhalt der Förderschulen und inklusiv arbeitende Schwerpunktschulen aussprachen, befürwortete der SPD-Vertreter (Jochen Ott, MdL) eine Nachbesserung für die Inklusion vor allem über eine Lehrerzuweisung nach Sozialindex. Die Politikerin der Grünen (Karin Schmitt-Promny, MdL) verwies auf einige positive Beispiele von inklusiv arbeitenden Schulen und wünschte sich eine Übertragung dieser Vorbilder auf andere Schulen.

Monika Pieper, MdL der Piraten, forderte neben kleineren Klassen in der In-

klusion und Doppelbesetzungen mit Sonderpädagogen*innen eine flächendeckende Versorgung mit Förderklassen oder -schulen.

Die Vertreterin der Linken, Dr. Carolin Butterwegge, schloss sich der Forderung nach kleinen Klassen mit einer Stärke von 20 Schülern an und stellte das Teamteaching in der Inklusion als unabdingbar heraus. Zudem müsse der Inklusionsprozess im Bildungsbereich schrittweise erfolgen.

Resümee

Es war eine gelungene Veranstaltung, auch wenn erwartungsgemäß einige Fragen noch offen blieben.

Alle Politiker*innen sehen Verbesserungsbedarf bei der Inklusion. Die unterschiedlichen Maßnahmen, die sie dafür umsetzen möchten gehen allerdings nicht weit genug oder betreffen nur einen kleinen Ausschnitt in Bezug auf Inklusion. Sie sind teilweise noch weit entfernt von den Gelingensbedingungen für Inklusion, wie sie von der GEW immer wieder gefordert werden und in einer Online-Befragung der GEW von im Gemeinsamen Lernen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen bestätigt wurden:

- multiprofessionelle Teamarbeit
- mehr Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung und Ausweitung der Doppelbesetzungen
- größere Zeitressourcen für Austausch, Absprachen und Vorbereitung
- Klassengrößen von maximal 25 Schüler*innen, davon nicht mehr als 5 mit sonderpädagogischem Förderbedarf
- Ausweitung der Fortbildung und Verbesserung der Lehrerbildung im Hinblick auf Inklusion
- Fachzentren für Inklusion vor Ort
- bessere Unterstützung durch die Schulträger

Womit beschäftigen sich die Fachgruppen der GEW Köln?



Ein Gespräch mit Mitgliedern der Kölner Fachgruppe Gesamtschule

Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion

FORUM: Was sind die aktuellen Schwerpunkte der Fachgruppe Gesamtschule?

ANNETTE: Wir befürchten eine zunehmende Benachteiligung der Gesamtschule durch die Politik. Die Gesamtschule als Schulform muss mit den Real- und Hauptschulen das Gros der Integration und Inklusion leisten. Das geht auf die Knochen der Kolleginnen und Kollegen. Durch die unzureichende Personalversorgung ist die Arbeitsbelastung in den Kollegien besonders zu spüren.

YURDANUR: Das gemeinsame Lernen könnte gut funktionieren, wenn uns die Ressourcen, die wir benötigen, zur Verfügung gestellt werden würden.

PETER: Von ihrer Geschichte her sind die Gesamtschulen die am besten geeignete Schulform, um die Inklusion und die Integration durchzuführen, weil sie schon immer den Anspruch hatten, Kinder unterschiedlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten gemeinsam zu unterrichten. Insofern passen diese Herausforderungen zu uns, aber wir müssen entsprechend unterstützt und gewertschätzt werden.

WERNER: Wir müssen aber auch aufpassen, dass nicht alle Probleme geballt an einzelnen Schulen bzw. Schulformen abgeladen werden. Wir haben jetzt auch eine neue Generation von Gesamtschulen im

Aufbau, die sich erstmal in der Schullandschaft behaupten und dabei gleichzeitig alle neuen Herausforderungen stemmen müssen. Es muss nicht jede Sau durch die Schulgebäude getrieben werden. Die Kolleginnen und Kollegen dürfen bei allem Engagement nicht überfordert werden, ansonsten verlieren sie den Spaß und keinem ist geholfen.

ANNETTE: Erschwert wird der Aufbau neuer Gesamtschulen durch die Konkurrenzsituation. Von den Gesamtschulen wird insbesondere in Köln immer wieder verlangt, dass sie sich gegenüber den Gymnasien behaupten müssen. Im Grunde genommen favorisiert die Stadt Köln ein Zweisäulenmodell. Die eine Säule sind die Gymnasien, die die Schülerinnen und Schüler auslesen. Die andere Säule sind die Gesamtschulen, die sich um die „restlichen“ Schülerinnen und Schüler kümmern sollen. Das sind Bestrebungen, die wir überhaupt nicht unterstützen können, weil wir uns so von unserem ursprünglichen Ziel „Eine Schule für alle“ entfernen.

FORUM: Ist die Gesamtschule als Schulform aus Eurer Sicht im Landtagswahlkampf zu kurz gekommen?

PETER: Wenn CDU und FDP Krokodilstränen vergießen, weil die Inklusion von Rot/Grün nicht richtig durchgeführt worden sei und diese Parteien zugleich, durch die

Stärkung des mehrgliedrigen Schulsystems die Exklusion ausweiten, ist das ein bildungspolitischer Widerspruch. Ich bin gespannt, wie sie versuchen werden, diesen Widerspruch in Regierungsverantwortung aufzuheben. Am liebsten würde ich nur mit Parteien reden, die das gegliederte Schulsystem abschaffen wollen, aber das Leben ist kein Wunschkonzert.

WERNER: Im Landtagswahlkampf haben die Gesamtschulen überhaupt keine Rolle gespielt. Ob es nun die Frage der Inklusion oder den Streit um G8/G9 betrifft, es wurde von keiner im Landtag vertretenen Partei auf die Stärken der Gesamtschule als integrierende Schulform des längeren gemeinsamen Lernens hingewiesen. Es waren immer nur Abwehrkämpfe.

ANNETTE: Dabei hat die Einführung von G8 auch zu Veränderungen an den Gesamtschulen geführt. Manchen Gesamtschulen kam die G8-Struktur an den Gymnasien entgegen, weil viele Eltern die Gesamtschule durch das G9-Angebot für ihr Kind als gute Alternative gerade für Spätzügler gesehen haben. Allerdings hat die Einführung von G8 auch zu ungewollten Veränderungen an den Gesamtschulen geführt. Früher gab es das Wahlpflichtfach erst in Klasse 7, nun müssen die Schülerinnen und Schüler sich bereits während der fünften Klasse entscheiden, wie es weiter geht, ob sie eine zweite Fremdsprache neh-

men wollen oder ein anderes Fach. Das ist viel zu früh.

WERNER: Das Bürgerbegehren der G9-Jetzt-Initiative ist exemplarisch für den Fokus aufs Gymnasium. Um die Schulzeit am Gymnasium wieder zu verlängern, sollen die Stunden an den anderen Schulformen gekürzt werden. Das kann nicht angehen. Diesen Tunnelblick aufs Gymnasium haben leider nicht nur elitäre Elternverbände, sondern auch die Politik.

FORUM: Der „Schulfrieden“ soll bis 2022 halten. Welche Wünsche habt Ihr für die Zeit danach?

ANNETTE: Eine Schule für alle!
[allgemeine Zustimmung]

PETER: Bis dahin wäre ein Abschlusssperrenverbot angebracht. Auch an den Gymnasien muss sich eine Kultur des Behaltens etablieren. Alle Schülerinnen und Schüler, die angenommen wurden, müssen bis zur 10. Klasse behalten werden. Das würde Gymnasien und Gesamtschulen kurzfristig einander näher bringen. Es ist bizarr, dass die Hauptschulen, die gute Arbeit bei der Inklusion und Integration geleistet haben, aus der Landesverfassung gestrichen wurden, das Gymnasium hingegen die heilige Kuh bleibt.

WERNER: Leider ist die Lobby der Gymnasien momentan zu stark. Wir werden wahrscheinlich auch noch in 50 Jahren in Köln Gymnasien haben. Aber vielleicht setzt sich die Entwicklung fort, dass sich in vielen ländlichen Räumen aufgrund sinkender Schülerzahlen mehr Gesamtschulen etablieren.

ANNETTE: Wir müssen die Gesamtschulen besser ausstatten. Die maroden Gebäude müssen saniert werden, manche Gesamtschulen platzen aus allen Nähten. Und an Personal fehlt es auch zunehmend. Trotz der ungleich schlechteren Startbedingungen der Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen ist die Schüler-Lehrer-Relation an Gesamtschulen nur geringfügig besser als an den Gymnasien. Außerdem wäre es gut, die Fixierung aufs Abitur aufzugeben und eher die Lernprogression und einen Sozialindex für die Verteilung der Ressourcen in den Vordergrund zu stellen. Die Schulen des

längeren gemeinsamen Lernens müssen durch positive Anreize gestärkt werden.

FORUM: Habt Ihr auch Kritik an der Entwicklung der Gesamtschule als Schulform?

YURDANUR: Das Problem ist nicht die Gesamtschule an sich, sondern die Konkurrenz. Manche Gesamtschulen wollen gegen Gymnasien bestehen und werden während dieses Bestrebens selber zu verkappten Gymnasien.

PETER: Ein Kritikpunkt der häufig geäußert wird, ist der, dass begabte Schülerinnen und Schüler zu wenig gefördert werden. Um dieser zum Teil berechtigten Kritik zu begegnen, müsste man an einigen Schulen noch Angebote ausbauen, aber auch das erfordert Ressourcen.

WERNER: Viele Kennzeichen des dreigliedrigen Schulsystems wurden den Gesamtschulen auch aufoktroiert, wie z. B. die äußere Fachleistungsdifferenzierung und die Notengebung. Trotz ihrer über 40-jährigen Geschichte haben die Gesamtschulen in der Lehrer*innenausbildung noch keinen wirklichen Niederschlag gefunden. Ein Beispiel: Du kannst die Fächer Naturwissenschaften und Gesellschaftslehre, die an der Gesamtschule unterrichtet werden, nicht als Lehramtsfach studieren. So werden Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die zu uns an die Gesamtschule kommen und diese Fächer unterrichten, diskriminiert, weil sie von Lehrkräften und Fachleitungen bewertet werden, die das Fach überhaupt nicht unterrichten. Dazu kommt noch, dass die Mitglieder von Staatsexamenkommissionen oft die besonderen Herausforderungen an der Gesamtschule für die Referendarinnen und Referendare gar nicht kennen und zu würdigen wissen.

BARBARA: Ehrlich gesagt, finde ich es auch problematisch, dass bei NW und GL Teilbereiche quasi fachfremd unterrichtet werden. Kann ich als Lehrkraft, die nur einen Teilbereich studiert hat, die Unterrichtsqualität den Schülerinnen und Schülern noch bieten?

ANNETTE: Es gibt Gesamtschulen, die mit Profilklassen an den Start gehen, die prak-

tisch schon zu Anfang selektieren. Und es gibt auch Gesamtschulen, die die Inklusion so betreiben, dass die Kinder mit Förderbedarf durchgehend getrennt von den anderen Kindern unterrichtet werden. Sind das noch Gesamtschulen?

FORUM: Ist die Gesamtschule die richtige Schulform im falschen Bildungssystem?

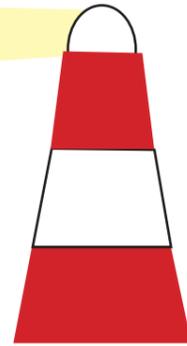
WERNER: Das Bildungssystem ist kurios. Versuch mal jemandem, der nicht aus Deutschland kommt, unser Bildungssystem zu erklären. Ich habe das im Urlaub ein paar Mal versucht und bin immer wieder gescheitert.

PETER: Im ländlichen Bereich gibt es CDU-Bürgermeister, die Gesamtschulen gründen, damit sie in ihrer Gemeinde Abitur anbieten können. Es ist für viele ländliche Regionen auch nicht unwahrscheinlich, dass die Gesamtschule die einzige Schulform sein wird, die den Schülerinnen und Schülern einen Weg zum Abitur anbietet. Die Vielzahl der möglichen Abschlüsse macht die Gesamtschule eben selbst für konservative Kommunalpolitiker so attraktiv. In Köln werden allerdings nicht unbedingt neue Gesamtschulen gegründet. Alte Schulformen laufen aus oder (bzw.) gehen in Gesamtschulen über. Oder es werden Dependancen an zwei oder mehreren Standorten gegründet. Im Grunde genommen sind das keine Neugründungen, sondern Sparmaßnahmen der Stadt.

WERNER: Auf dem Land gibt es einen regelrechten kommunalen Kannibalismus. Jede Kommune versucht eine Gesamtschule aufzumachen, damit die Nachbarkommune keine aufmacht. Die Gesamtschule gilt quasi als ökonomischer Standortvorteil. In Windeck gibt es eine Gesamtschule mit zwei Dependancen, die 11 km voneinander entfernt liegen. Einmal am Tag fährt ein Bus. Die Frage, ob Du ein Auto hast, ist somit de facto ein Einstellungskriterium! So etwas Absurdes kann nur im deutschen Bildungssystem passieren.

PETER: Und deshalb ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Fachgruppe Gesamtschule die Schulentwicklung. Denn so wie es ist, kann es nicht bleiben!

Dialog



Inklusion – so nicht!

Die Umsetzung der Inklusion an den Gesamtschulen und Sekundarschulen im Bezirk ist seit etlichen Jahren ein ständiges Thema auf den Personalversammlungen. Immer wieder berichteten einzelne Kolleg*innen von Missständen an ihren Schulen.

Vertreter*innen der Dienststelle sagten zu, die Schilderungen weiterzugeben. Die Gesamtschule Holweide (eine der „Leuchtturmschulen“, die seit Jahren Erfahrungen im „Gemeinsamen Lernen“ hat) forderte in einem offenen Brief zum Dialog über Qualitätsstandards auf.

Im März präsentierte der Personalrat Gesamtschulen und Sekundarschulen auf einer Teil-Personalversammlung Ergebnisse einer Umfrage zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen und schuf somit eine breite empirische Basis für die Diskussion. Das Ergebnis war selbst für Fachleute erschreckend. Ungenügende Ressourcen im „Gemeinsamen Lernen“ führen zu:

- großen Klassen: 60% der Inklusionsklassen haben 27 und mehr Schüler*innen.
- 58% der Klassen haben mehr als 8% Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, wobei diese Zahlen dadurch noch erhöht werden, dass in den Jahrgängen 5 und 6 bei einigen Schüler*innen ein sonderpädagogischer Förderbedarf erst noch festgestellt wird.

Es mangelt schon bei den Mindeststandards

Über die fehlenden Ressourcen hinaus zeigte die Erhebung auch, dass es an Mindeststandards mangelt. So wiesen nur 50% der Schulen ein Inklusionskonzept auf. Das bedeutet, dass die engagierten Kolleg*innen größtenteils alleine gelassen werden. Es gibt nur an einigen Schulen Zeiten, in denen sich Förderschulkolleg*innen und Regelschullehrkräfte austauschen können. Le-

von Werner Balfer,
Vorsitzender des
Personalrats Gesamt-,
Gemeinschafts-, Sekundar-
und PRIMUS-Schulen bei
der Bezirksregierung Köln;
Mitglied der GEW Köln

diglich 54% der Schulen haben eine/n Koordinator*in für das „Gemeinsame Lernen“.

Auch ist der Einsatz der Förderschulkolleg*innen unreguliert. An einigen Schulen arbeiten sie alleine im Fachunterricht, an anderen Schulen in Doppelbesetzung, die aber dann aufgelöst wird, wenn ein Vertretungsfall eintritt (78%). An 83% der Schulen gibt es keine Regelung für den Fall, dass die/der Förderschulkolleg*in vertreten werden muss.

Leider ist nirgends zu erkennen, dass sich die Situation bessern wird. Stattdessen stehen weitere Verschlechterungen ins Haus. Das zeigte sich bei der Probezuweisung des LES-Budgets für das nächste Schuljahr. Das Schulkapitel Gesamtschule, Gemeinschaftsschule und Sekundarschule ist das Schulkapitel, das aufgrund von Schulschließungen von Haupt- und Realschulen am stärksten anwächst. Es ist daher auch das Schulkapitel, das vom Gemeinsamen Lernen in der Sekundarstufe I am meisten betroffen ist.

Aufwachsende Systeme mit zusätzlichen Problemen

Da wir in diesem Schulkapitel viele Neugründungen haben, haben wir auch eine große Anzahl sogenannter „aufwachsender Systeme“. Es geht hierbei um Schulen, die mit dem „Gemeinsamen Lernen“ beginnen, dann Jahr für Jahr immer mehr Förderkinder aufnehmen, bis sie im Jahrgang 10 einen Durchgang abgeschlossen haben. Diese aufwachsenden Systeme brauchen eigentlich auch jährlich mehr Sonderpädagogischen-Stunden. Jedoch erhielt die Bezirksregierung Köln wegen des allgemeinen Schülerrückgangs 18,1 Stellen weniger für das LES-Budget.

Damit kann nicht einmal sichergestellt werden, dass die im Erlass von 2014 formulierte Größe von in der Regel mindestens einer/m Förderschulkolleg*in pro Zug in der Sekundarstufe I gewährleistet ist. Schulen, die mehr Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im nächsten Schuljahr aufnehmen, müssen auch noch Lehrkräfte abgeben. Es fehlen zwischen 60 bis 80 Stellen für Förderschullehrer*innen alleine im Gesamtschulkapitel der Bezirksregierung Köln. Vertreter*innen der Schulaufsicht aller Schulamtsbezirke haben diesen Missstand daraufhin gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln dem Ministerium in einem Protestschreiben geschildert.

Ob das (neu geführte) Ministerium nun nach den vollmundigen Wahlkampfankündigungen der neuen Regierungsparteien auch Taten zur Verbesserung der Situation folgen lässt?

Schwarz-Gelb und G8/G9

Anlässlich des Regierungswechsels in NRW veröffentlichen wir an dieser Stelle die Positionierung des GEW-Landesvorstands zur Frage des Abiturs nach acht bzw. neun Jahren.

von Dr. Alexander Fladerer, Fachgruppe Gymnasium der GEW Köln

Zur „Schulzeit am Gymnasium“ stellt der GEW-Landesvorstand NRW fest: „Das 2006 von CDU und FDP an den Gymnasien in NRW durchgesetzte G8 ist gescheitert. Weder stößt es auf Akzeptanz bei Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen, noch wurden die zentralen Ziele des verkürzten Bildungsganges am Gymnasium erreicht. Nach der Landtagswahl wird es eine Reform der Reform geben.“

Folgende Eckpunkte sind aus Sicht der GEW NRW für diese Reform von Bedeutung:

- Die Sekundarstufe I am Gymnasium umfasst zukünftig wieder die Klassen 5 – 10. Die Schüler*innen am Gymnasium erwerben nach erfolgreichem Abschluss der Klasse 10 die Fachoberschulreife mit Q-Vermerk. Bei Einführung von ZP-10-Prüfungen ersetzen diese eine Klassenarbeit.
- Die inzwischen an allen Schulformen der Sekundarstufe I etablierten Ergänzungsstunden und bestehende Ganztagsangebote bleiben unangetastet, damit die Schulen besser auf die zunehmende Heterogenität ihrer Schülerschaft eingehen können und bewährte Förderkonzepte weitergeführt werden.
- Der Unterricht in der zweiten Fremdsprache am Gymnasium sowie der Wahlpflichtunterricht an den anderen Schulformen der Sekundarstufe I setzen zukünftig wieder in der siebten Klasse ein.
- Die GEW NRW lehnt es strikt ab, die Entscheidung über G8 oder G9 jedem einzelnen Gymnasium aufzubürden, nur um auf diesem Wege möglicherweise einzelne Gymnasien mit 5-jähriger Sekundarstufe I zu erhalten. Die Schullandschaft in NRW darf nicht noch weiter zersplittert werden.

- Abzulehnen sind parallele G8- und G9-Zweige – sog. Y-Modelle. Diese führen zu einem unverhältnismäßig hohen organisatorischen Aufwand. Schüler*innen, die die Gymnasiale Oberstufe in zwei Jahren absolvieren wollen, können in der zehnten Klasse Ergänzungsstunden zur Vorbereitung auf die Qualifikationsphase der Gymnasialen Oberstufe nutzen.
- Jede Schülerin und jeder Schüler soll langfristig die Länge der eigenen Schulzeit individuell gestalten können, indem es ermöglicht wird, die gymnasiale Oberstufe in zwei bis vier Jahren zu durchlaufen. Dabei können Zeiten für Auslandsaufenthalte oder Praktika ebenso integriert werden wie Zeiten für ein „Schülerstudium“ an Universitäten.

*Bochum, den 11. März 2017
Beschluss des Landesvorstands“*

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP heißt es dazu im Abschnitt „Schulvielfalt in Nordrhein-Westfalen“ u.a.:

„(...) Das Gymnasium darf nicht weiter benachteiligt werden. (...) Christdemokraten und Freie Demokraten nehmen in der Frage G8 oder G9 zur Kenntnis, dass der überwiegende Teil der Schüler- und Elternschaft der Gymnasien G9 favorisiert. Daher wird als Leitentscheidung ab dem Schuljahr 2019/2020 an den Gymnasien der neunjährige Bildungsgang (G9) eingeführt. Zukünftig wird G9 sowohl an 13 Ganztagsgymnasien, aber auch als Halbtagsangebot möglich sein.“

Demgegenüber wünscht ein ebenfalls ernst zu nehmender Anteil von Schülerinnen und Schülern, von Eltern und Schulleitungen G8. Für Gymnasien, die beim

achtjährigen Bildungsgang verbleiben wollen, wird eine unbürokratische Entscheidungsmöglichkeit für G8 eröffnet.

Alle Gymnasien werden zusätzlich gestärkt. So wird die Benachteiligung der Gymnasien beendet und der Umstellungsprozess auf G9 bestmöglich gestaltet. Ebenso erhalten diejenigen Gymnasien, die die Wahlfreiheit für G8 nutzen wollen, eine zusätzliche Unterstützung, um dieses G8 qualitativ hochwertig umsetzen zu können.

Wir werden bei der Umsetzung des neunjährigen gymnasialen Bildungsganges als Regelfall sowie der Option zum Verbleib bei G8 betroffene Verbände und Gruppierungen sowie Erfahrungen anderer Bundesländer in einem intensiven fachlichen Austausch einbinden. Im Zentrum der Ausgestaltung muss die Stärkung gymnasialer Bildung stehen. ...“

Die Fachgruppe Gymnasium

Die Fachgruppe Gymnasium der GEW Köln wird auf allen Ebenen diskutieren, was die Aussagen aus dem Koalitionsvertrag für die betroffenen Kolleg*innen, die Schüler*innen und die Gymnasien insgesamt bedeuten, und eine Empfehlung für die Positionierung der GEW abgeben. Alle Kolleg*innen sind herzlich eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Die Fachgruppe Gymnasium wird den gesamten Prozess der Umstellung von G8 auf G9 und die angedachte Stärkung der Schulen, die bei G8 bleiben wollen, kritisch beobachten und begleiten. Wann wir uns treffen, ist der Rubrik „Save the date“ zu entnehmen.

Schwule und lesbische Lehrkräfte der GEW beim CSD Köln 2017

von Bodo Busch, GEW StV Köln, AK homosexuelle Lehrkräfte



Die Gruppe der „schwulen und lesbischen Lehrkräfte in der GEW“ besteht aus schwulen und lesbischen Lehrkräften, Erzieher*innen, Referendar*innen und Lehramtsstudierenden unterschiedlicher Schulformen und Fächer, die in Köln und Umgebung leben und arbeiten.

Ziele der Gruppe sind gleichermaßen Erfahrungsaustausch über die Situation an der Schule und (bildungs-)politische Arbeit. Zu beiden Arbeitsfeldern treffen wir uns außerhalb der Schulferien an jedem ersten Donnerstag oder Freitag im Monat.

Die Gruppe ist organisatorisch angegliedert an die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft). Ihr Name lautet offiziell: „Arbeitskreis homosexuelle Lehrkräfte in der GEW Köln“. Eine Mitgliedschaft in der GEW ist kein Muss.

CSD-Motto in Köln 2017: „Nie wieder!“

Die GEW-Lehrer*innen-Gruppe beteiligt sich auch dieses Jahr gemeinsam mit den lesbischen Lehrerinnen NRW, der DGB-Jugend und dem ver.di AK LSBTI an der Kölner CSD-Demonstration („Parade“) zum Abschluss des Cologne Pride am 9.7.2017. Das diesjährige Gruppenmotto lautet, abgestimmt auf das Kölner CSD-Motto 2017 „Nie wieder!“: „Nie wieder Verfolgung und Ausgrenzung“ ist ein Bildungsauftrag!

Verfolgung und Ausgrenzung sind die extreme Konsequenz, wenn sexuelle und kulturelle Vielfalt nicht geduldet wird. Der positive Gegenentwurf dazu sind im Falle sexueller Vielfalt selbstverständliche Sichtbarkeit und Akzeptanz.

Wie in den vergangenen Jahren machen wir als „schwule Lehrer“ auf der CSD-Demo mit bedruckten Ballons, beschrifteten T-Shirts und kleinen Handzetteln auf uns und auf die heute reale Situation von LSBTI an Schulen aufmerksam: In drei

von vier Klassen gibt es nach einer Studie an Berliner Schulen LSBTI Schüler*innen, und statistisch müsste es in jedem Kollegium lesbische oder schwule Lehrkräfte geben. Die Mehrzahl davon bleibt in der heutigen Schulsituation immer noch lieber unsichtbar!

Schon seit Jahren fordern die schwulen Lehrer die Berücksichtigung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*

Infos und Kontakt:

www.schwule-lehrer.de

www.lsbti.de

www.gew-nrw.de/
sexuelle-vielfalt.html

E-Mail: bodo.busch@netcologne.de

und intersexuellen Lebensweisen in Lehrplänen, Schulbüchern sowie der Lehreraus- und -weiterbildung. Berücksichtigt werden müssen mögliche Coming-Out-Schwierigkeiten und Homophobie in Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und der Beratungsarbeit an Schulen. Es braucht Beschwerdestellen und -wege für Schüler*innen wie für Lehrkräfte in NRW (von der Bundes-Antidiskriminierungsstelle im Bericht über das Bildungswesen 2013 empfohlen) sowie eine Studie zur Situation an Schulen in NRW.

Seit rund vier Jahren inszenieren rechte Gruppen mit bewussten Verdrehungen und Appellen an Ressentiments aus dem letzten Jahrhundert etwa in Talk-Shows und Zeitungen, mit Petitionen oder „Demos für alle“ Angriffe auf Initiativen für Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBTI in Schulen.

Die Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017 zeigt zwar, dass hier nur eine lautstarke Minderheit agiert. Die Angriffe finden ihren Niederschlag aber inzwischen auch in rechten

Wahlprogrammen und zuweilen ängstlicher Vorwegnahme durch Ministerien. Deshalb sagen wir: „Nie wieder!“. Die GEW hat für Lehrkräfte und Eltern eine Argumentations-Broschüre gegen solche Angriffe veröffentlicht.

Selbsthilfe und Erfahrungsaustausch

Zweiter Schwerpunkt unserer Arbeit ist neben den politischen Forderungen die Selbsthilfe: Erfahrungsaustausch über die individuelle Situation an der Schule. Wir glauben, dass Sichtbarkeit und persönlicher Kontakt die wirksamsten Mittel gegen Vorurteile und Diskriminierung sind. Das Prinzip unserer Gruppe ist aber, dass jede/jeder für sich entscheidet, ob und wie er oder sie ein Coming Out für die eigene Lebens- und Arbeitssituation für sinnvoll erachtet. Denn schwule Lehrer und lesbische Lehrerinnen machen dabei sehr unterschiedliche Erfahrungen.

Es gibt Kolleg*innen, die im schulischen Zusammenhang nicht offen schwul oder lesbisch sind und dabei auch bleiben wollen, manche sind teilweise offen schwul oder lesbisch (z. B. gegenüber Kolleg*innen, aber nicht gegenüber Schüler*innen), wieder andere sind im Kollegium wie auch gegenüber der Eltern- und Schülerschaft offen lesbisch oder schwul.

CSD Dortmund: 9.9.2017

Wir nehmen dieses Jahr außer in Köln auch wieder in Düsseldorf und Dortmund mit Fußgruppen an den CSD-Demos teil, um Sichtbarkeit zu erhöhen und die Gründung regionaler Arbeitsgruppen anzuregen, wie sich das letztes Jahr nach dem CSD in Dortmund für das Ruhrgebiet ergeben hat. Die CSD-Demo in Dortmund findet am Samstag, dem 9. September statt.

Foto: Box Magazin



Alles toll ... im Team?

Zur indirekten Steuerung an den Schulen

von Stephan Siemens, Initiative „Meine Zeit ist mein Leben“; Mitglied der GEW Köln

Vielleicht braucht man eine akzeptierte Vorstellung von der zukünftigen Gesellschaft, wenn man Kinder erziehen will. Doch scheint uns diese Vorstellung abhandengekommen zu sein. Die Bildungspolitiker und Schulbehörden überlassen es den „Schulen“, d. h. in erster Linie den – in den Kollegien der Schulen – organisierten Lehrer*innen, sich Vorstellungen, die zu „ihrer“ Schule passen, zu erarbeiten. Sie erwarten Schulprogramme, in denen die Lehrerinnen und Lehrer formulieren, wie sie die Kinder an ihrer Schule erziehen wollen. Diese Programme sollen nicht nur zur Selbstverständigung dienen, sondern auch um Kinder an die Schule zu ziehen, Eltern zu überzeugen und die Region (die sogenannte „Wirtschaft“) zur Zusammenarbeit mit der Schule gewinnen.

Lehrer*innen, die ein Programm formuliert haben, setzen sich – so darf man erwarten – auch für die Umsetzung des Programms ein. Bitte kein Missverständnis: Zusätzliche Mittel gibt es dafür nicht. Im Gegenteil: Die Lehrerinnen und Lehrer sollen sich um die freiwillige Mitarbeit

der Eltern bemühen, sie sollen Sponsoren bei den regionalen Unternehmen finden, die der Schule spenden, und sie sollen das Profil der Schule an dem Einzugsbereich der Kinder, die die Schule besuchen, orientieren.

Schulleitung wird zur „Veränderungsbegleitung“

Dazu ist ein anderes Verhalten der Schulleitung notwendig. Sie dient als „Change-Agent“¹: Sie sorgt dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen sich dieser ihrer neuen Aufgabe in organisierten Formen, optimaler Weise in Teams, widmen. Zudem ergibt sich die Aufgabe, immer neue Initiativen sei es der Schulbehörden, des Ministeriums oder der Schulleitung selbst zu entwickeln, die die Kollegien und die einzelnen Kolleginnen und Kollegen auf Trab halten. Dabei sollte durchaus der Eindruck entstehen, dass diese Initiativen von Kolleginnen und Kollegen ausgehen, die sich gegenseitig unter Druck setzen, und nicht eigentlich von der Schulleitung. Diese Form des

Drucks mittelbar zu organisieren und zu verstärken, dazu dient der Schulleitung das Team.

Der Begriff „Team“ ist gerade in Bildungseinrichtungen nicht klar abgegrenzt. Die einen verstehen darunter eine aus zwei Lehrer*innen bestehende Klassenleitung, andere gehen davon aus, dass mit „Team“ alle Klassenlehrer*innen eines gesamten Jahrgangs gemeint sind. In diesem Artikel sind mit dem Terminus „Team“ sämtliche Strukturen gemeint, über die eine Schul- oder Einrichtungsleitung (besondere) Aufgaben zur Bearbeitung ins Kollegium delegiert.

¹Vgl. Schratz, Michael (1998) Schulleitung als change agent: Vom Verwalten zum Gestalten von Schule. In: Altrichter, Herbert, Schley, Wilfried, Schratz, Michael: Handbuch zur Schulentwicklung, Wien, Innsbruck, S. 160 – 189.

²Siemens, Frenzel (2016) Das unternehmerische Wir, Hamburg.

³Landy, Frank, Conte, Jeff (2005) Work in the 21st Century, Boston, S. 494f.

Gegenseitiger Druck im Team

Denn im Team erarbeiten wir uns gemeinsam, was wir tun können, um unseren Programmteil umzusetzen. Wir beschließen das und versuchen es dann durchzusetzen – gegen andere innerhalb und außerhalb der Schule, aber gegen uns selbst als Einzelne.² Denn aus der Sicht der Arbeits- und Organisationspsychologie ist das Team ein sozialtechnologischer Mechanismus: „WIR“ gemeinsam treffen die Entscheidungen, die wir als einzelne – ich, du, er, sie – umsetzen müssen.

Die Gruppe, das „WIR“, passt sich demnach der Organisation an, und die einzelnen Mitglieder passen sich der Gruppe an. Das ist experimentell bewiesen und funktioniert. Also können sich die Mitglieder der Gruppe nur auf Kosten anderer Mitglieder entziehen. Für die Organisation bleibt es gleichgültig, auf welche Weise die Gruppe ihre Ziele erreicht. Das sollen die ruhig unter sich ausmachen. Das funktioniert mit hohem „Wir-Gefühl“ im Team. Werden die Teams moderat überfordert, dann leisten wir im Team etwas Besonderes.

Das stärkt unser „Wir-Gefühl“. „Wir-Gefühl“ ist ein Gradmesser für die Macht der Gruppe über ihre Mitglieder.³ Mitglieder von Teams, die unter Druck gesetzt werden, setzen sich selbst und sich gegenseitig – unbewusst und ohne Sprache – unter Druck. Ohne Bewusstsein können wir uns kaum dagegen wehren. Konsequenz: Zusatzaufgaben, für die die Schulleitung „Gelegenheiten“ zu schaffen hat, bereichern das Arbeit-Angebot für Lehrerinnen und Lehrer, die sich mit ihrer ganzen Person in ihre Arbeit einbringen können,

ohne jede Reserve. Eine weitere Gesetzmäßigkeit: Wenn ein Kollege oder eine Kollegin ausfällt, neigen wir dazu, unsere Arbeit so zu verändern, als ob er oder sie da wäre. Aus der Sicht der Schulleitung tun wir das selbe wie bisher, bloß mit einem Mitglied weniger. Die Konsequenzen kann man leicht ausrechnen.

Aufgaben der Gewerkschaft

Als Individuum kann man sich gegen diese Form der Arbeitsorganisation nicht wehren. Diese Methoden sind experimentell getestet. Sie funktionieren. Aber organisiert in den Gewerkschaften geht das. Denn die Gewerkschaften sind der Ort, an dem wir uns mit der Organisation der Arbeit durch den Arbeitgeber auseinandersetzen. Reicht da nicht der „Verband der Philologen“? Nein, denn diese Form der Organisation der Arbeit hat sich in allen gesellschaftlichen Bereichen, die mit Lohnarbeit verknüpft sind, unter unterschiedlichen Bezeichnungen etabliert. Die Lehrerinnen und Lehrer sind genau den Management-Konzepten ausgesetzt, mit denen es auch die anderen Beschäftigten in unserer Gesellschaft zu tun haben.

Diese Art die Arbeit zu organisieren hat zwei Voraussetzungen. Die eine unveränderliche Voraussetzung: Wir haben in den letzten Jahrzehnten einen Fortschritt in der Entwicklung unserer produktiven Fähigkeiten gemacht, der sich daran zeigt, dass wir uns in der Arbeit selbst mit dem gesellschaftlichen Sinn unserer Arbeit auseinandersetzen.

In kapitalistischen Gesellschaften ist der Sinn unserer Arbeit mit Gewinnen der Unternehmen und Kosteneinsparungen in

den Einrichtungen wie den Schulen verbunden. Wir fangen an, uns für die Profitabilität unserer Arbeit vor dem Arbeitgeber zu rechtfertigen, bzw. für die von uns (nicht) realisierten Einsparungen vor der Institution, in der wir arbeiten. Diesen Fortschritt in der Produktivkraftentwicklung kann man nicht zurückdrehen.

Produktiv! Nur, für wen?

Die zweite Voraussetzung ist, dass wir diese unsere produktive Kraft nicht anerkennen, uns nicht um sie kümmern. Wir überlassen sie dem Arbeitgeber, der Schulleitung, um uns unter Druck zu setzen. Dann aber brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn der Arbeitgeber das für seine Zwecke nutzt. Wir müssen uns um das, was zwischen den Teammitgliedern und zwischen den Teams läuft, kümmern. Die indirekte Steuerung funktioniert, weil und solange sie unbewusst bleibt. Anderenfalls können wir dem indirekt steuernden Arbeitgeber das Mittel aus der Hand schlagen, uns unter Druck zu setzen. Dieses Mittel sind in erster Linie unsere Beziehungen im Team. In dem Maße, wie wir Solidarität nicht nur in der gemeinsamen Arbeit, sondern auch füreinander als Individuen entwickeln, werden wir unsere Beziehungen selbst nutzen können, um vom Arbeitgeber die – sachlichen und persönlichen – Mittel einzufordern, die wir zur Erfüllung unserer Aufgaben brauchen.

Und wir werden eine Vorstellung entwickeln können, in welche gesellschaftliche Entwicklung hinein wir die Kinder erziehen: In eine Gesellschaft, in der die Menschen sich in der Arbeit mit dem Sinn ihrer Arbeit bewusst auseinandersetzen.



Am **5. Oktober 2017** lädt die GEW Köln zur Veranstaltung „Unternehmerisches oder solidarisches Wir?“. Der Referent wird Stephan Siemens, Experte für Arbeitspsychologie und Burnout-Prävention, sein, der auch den nebenstehenden Text verfasst hat. Die ausführliche Einladung dazu findet sich auf der letzten Umschlagseite dieser Ausgabe.

»Streikrecht für Beamte*innen durchsetzen«

Spaltung in der Lehrerschaft schwächt die Kampfkraft der GEW. Belegschaften fordern Möglichkeit zum Ausstand für alle. Ein Gespräch mit Daniel Merbitz

Interview: Johannes Supe



„Daniel Merbitz erhielt 79,8 Prozent der Stimmen, kommt aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt und war dort seit 2001 Tarifsekretär.“

Anlässlich des Bundesgewerkschaftstages der GEW, der vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg stattfand, veröffentlichen wir in dieser Rubrik ein Interview mit dem neu gewählten Bundesreferenten für Tarif- und Beamtenrecht, Daniel Merbitz.

Das Interview erschien am 10. Mai 2017 in der Tageszeitung „Junge Welt“ (Seite 2). Wir danken für die freundliche Erlaubnis des Nachdrucks.

*Beamte*innen in der Bundesrepublik sollen das Streikrecht erhalten. Das haben Sie auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg gefordert. Wie versucht Ihr Verband, das Ziel zu erreichen?*

Die vorherrschende juristische Meinung in der Bundesrepublik ist derzeit die, dass Beamt*innen nicht streiken dürfen. Doch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat vor einigen Jahren festgestellt, dass auch verbeamteten Lehrkräften das Streikrecht zusteht. Als GEW wollen wir das auch in Deutschland durchsetzen. Dazu haben wir schon mehrere Prozesse geführt, sind mit den Fällen durch verschiedene Instanzen. Jetzt muss das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Ein Urteil erwarten wir in einigen Monaten.

Wie kam es zu dem Verfahren?

Vor einigen Jahren riefen wir auch Beamt*innen zum Streik auf. Die Dienstherren sind dann gegen die teilnehmenden Kolleginnen und Kolleg*innen vorgegangen. Ermahnungen wurden ausgesprochen, es gab Disziplinarstrafen, in mehreren Bundesländern wurden die Beamt*innen sogar zur Kasse gebeten. Natürlich

standen wir den Betroffenen zur Seite und haben ihnen Rechtsschutz gewährt.

*Mit Beamt*innen hat Ihre Gewerkschaft in bezug auf die Lehrerschaft zu tun. Ein Teil der Kolleg*innen ist verbeamtet, wird also nach den jeweiligen Landesbesoldungsgesetzen bezahlt. Andere Lehrer*innen sind Angestellte und unterstehen einem Tarifvertrag. Zu Streiks können Sie nur letztere aufrufen. Schwächt diese Spaltung nicht die Kampfkraft Ihres Verbands?*

Das ist tatsächlich ein entscheidendes Problem. Wir haben Landesverbände, die unter den Angestellten sehr stark sind und diese bei Tarifaueinandersetzungen ins Feld führen können. Doch in den Bundesländern, in denen wir viele Beamt*innen in den Schulen finden, ist es nicht so einfach, diese Kämpfe zu führen. Dadurch ist es für uns schwer, eine Streikstrategie zu entwickeln. Allerdings muss man auch sagen, dass die verbeamteten GEW-Mitglieder ihre Kolleg*innen sehr unterstützen. In der Regel rufen wir bei Tarifrunden auch zu Aktionen auf, die außerhalb der Arbeitszeit liegen. An ihnen nehmen die Beamt*innen teil und demonstrieren an der Seite der Angestellten.

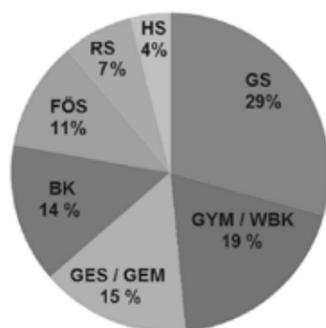
„Allerdings muss man auch sagen, dass die verbeamteten GEW-Mitglieder ihre Kolleg*innen sehr unterstützen.“

COPSOQ – Gesamtbericht Köln liegt vor

Inzwischen liegt der Gesamtbericht COPSOQ für den Regierungsbezirk Köln vor (im Bildungsportal zu finden, siehe unten). Aus dem 84 Seiten umfassenden Bericht werden im Folgenden einige Ergebnisse dargestellt.

Zur Teilnahme:

Teilgenommen: 1.266 Schulen von 1.340 Schulen (94,5% aller Schulen)
Nicht teilgenommen: 74 Schulen (tendenziell kleinere Schulen)
Beteiligungsquote: Von 0% bis zu 100% (Komplett-Teilnahme)
Teilnehmende Lehrkräfte: 19.950 à ca. 46%
Das sind ähnlich wie in den anderen Regierungsbezirken weniger als 50%. Wünschenswert wäre natürlich eine höhere Beteiligung gewesen. Trotzdem kann man mit den Ergebnissen arbeiten. Die Beteiligung der einzelnen Schulformen findet sich in der folgenden Grafik:



Beteiligung der einzelnen Schulformen an COPSOQ

Weitere Ergebnisse zu den Teilnehmenden:

Alter unter 30 bis über 60: Gleichmäßig verteilt
Geschlecht: Frauen 73%, Männer 27%
Dienstalter: Über 70% zwischen 15 und 25 Dienstjahren
Beschäftigungsumfang: Vollzeit 65%, Teilzeit 1/2 - 3/4 20%
Leitungsfunktion: Schulleitungen 4%, Stellv. / erweiterte Schulleitung 8%, Lehrkräfte ohne Leitungsfunktion 88%

Ca. 2/3 der Befragten bewerteten positiv

allgemeine Lebenszufriedenheit
Arbeitszufriedenheit / Bedeutung der Arbeit
eigenen Gesundheitszustand
gemeinsame pädagogische Vorstellungen im Kollegium
Unterstützung im Kollegium
Entwicklungsmöglichkeiten in der Schule

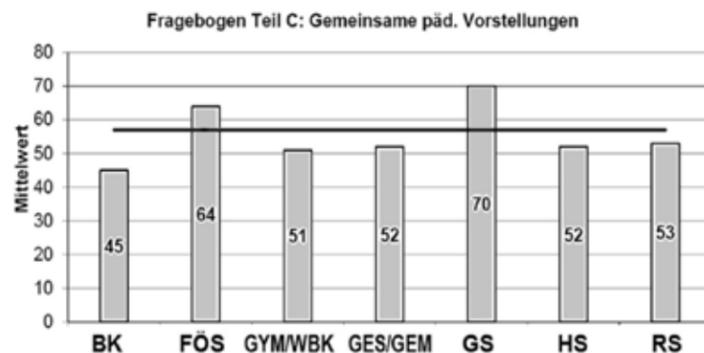
Ca. 2/3 der Befragten erleben als belastend:

Emotionale Anforderungen
Quantitative Anforderungen
Work-privacy-Conflict
Unterrichtsstörungen
Lärm- und Stimmbelastung

Ca. 1/2 der Befragten erleben als belastend:

Führungsqualität
Rollenkonflikte
Burnout-Gefahr
Gewalt

Wie sieht es nun mit der Interpretation der Ergebnisse aus? Nimmt FFAW sie vor oder überlässt sie den Leser*innen die Vermutungen? Das wird auffälligerweise unterschiedlich gehandhabt.



Zu dem Aspekt „Gemeinsame pädagogische Vorstellungen“ schreibt FFAW: „Offensichtlich (und auch verständlicherweise) ist die Einigung auf gemeinsame pädagogische Ziele in kleinen Organisationen (GS) einfacher zu bewerkstelligen als in zahlenmäßig größeren (Gym., BK). Evtl. führen Lehrkräfte an diesen Schulformen diesen Aspekt auch nicht unter den primären Zielen, sodass sie das Fehlen gemeinsamer pädagogischer Vorstellungen nicht so sehr als Defizit erleben, wie die Kollegen/innen an den Primarschulen.“ (S. 47)

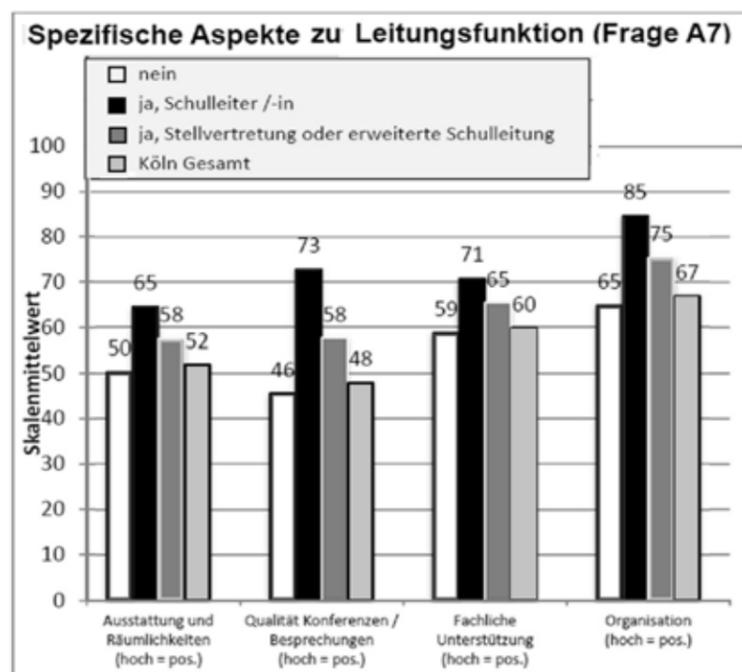
Zu diesem Themenbereich schreibt FFAW: „Die Quantitativen Anforderungen werden von Personen in Leitungspositionen deutlich höher angegeben als von Lehrkräften ohne Funktionsstelle. Bei allen anderen genannten Skalen ist aber die Einschätzung der Funktionsstelleninhaber/innen positiver, besonders auffällig ist die sehr positive Bewertung der „Qualität von Konferenzen und Besprechungen“ durch Schulleitungen bzw. die Mitglieder der erweiterten Schulleitung.“ (S. 58)

Kein weiterer Kommentar...

Es haben sich zwar nur 4% an Schulleitungen und 8% an stellvertretenden / erweiterten Schulleitungen beteiligt, aber es könnte sich lohnen, diesem Hinweis nachzugehen und z.B. die Qualität der Konferenzen in der Wahrnehmung aller Beteiligten zu überprüfen.

Das Thema „COPSOQ und Schulleitung“ bedarf insgesamt einer durchaus differenzierten Betrachtung. Bereits im Vorfeld war aus vorausgegangenen Erhebungen in Bremen und Baden-Württemberg bekannt, dass als Hauptbelastungsschwerpunkte zum einen „Lärm- und Stimmbelastung“ angegeben werden und zum anderen Probleme mit der „Führungsqualität“ der Schulleitungen. So eilte dem Verfahren der Ruf voraus, dass Schulleitungen damit „abgestraft“ werden. Das ist sehr bedauerlich und möglicherweise Ursache der geringen Beteiligung.

Leider geht der COPSOQ-Fragebogen zu wenig auf die Problematiken der Schulleitungen ein und fragt keine spezifischen Aspekte zu ihrer immer umfangreicher werdenden Tätigkeit ab. Sie fanden sich zu großen Teilen in den Belastungsfeldern nicht wieder. Das müsste in einer Weiterentwicklung des Fragebogens unbedingt berücksichtigt werden.



Im Fragebogen gab es vier Fragen zu Führungsaspekten (B7:1-4), und zwar ob die Schulleitung für gute Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Mitarbeiter /-innen sorgt, der Arbeitszufriedenheit einen hohen Stellenwert beimisst, die Arbeit gut plant, Konflikte gut löst.

Die Ergebnisse dazu wurden nicht im Schulbericht veröffentlicht, sondern die Schulleitung erhielten sie gesondert in einem verschlossenen Umschlag. Es oblag ihnen selbst, ob sie die Ergebnisse dem Kollegium bekannt geben.

Der BAD informierte nach eigenen Angaben in den Schulleitungsauswertungsworkshops darüber, dass eine Nichtveröffentlichung ein schlechtes Ergebnis impliziert. Je mehr Transparenz, desto besser. Es könne als Anlass genommen werden zu überlegen, wo die Problemfelder der Schulleitung liegen und wo das Kollegium unterstützen könnte bzw. von welcher Seite Unterstützung angefordert werden könnte.

Der gesamte Bericht steht im geschützten Bereich des Bildungsportals und ist nicht einfach zu finden. Mangelhaft bereits die Tatsache, dass bei Nutzen der Suchfunktion mit dem Stichwort „COPSOQ“ auf der Startseite kein Ergebnis gefunden wird! Man muss über den Reiter „Lehrkräfte“ zu „Lehrkräfte in NRW“ und dort zu Arbeits- und Gesundheitsschutz gehen. Unten im Text wird endlich COPSOQ erwähnt und man muss „Informationen“ anklicken, um in den geschützten Bereich mit den Dokumenten zu gelangen. Das Kennwort ist bad-Schulnummer, das Passwort Schulnummerbad (bad steht für BAD – Betriebsärztlicher Dienst).
<https://www.schulministerium.nrw.de/docs/LehrkraftNRW/Arbeits-und-Gesundheitsschutz/index.html>

Neulich in Köln

beim COPSOQ- Auswertungsworkshop
bei der Bezirksregierung Köln
Barbara Inhoff, Februar 2017

„Ich frage mich, warum wir diese Erhebung mit COPSOQ machen, aber die Arbeit damit eine zusätzliche Belastung darstellt! Warum erhalten wir keine Unterstützung durch die Dienststelle?! Warum erhalten wir keine Einzelergebnisse unserer Schule? Wir fühlen uns blockiert!“. Direkt zu Beginn des COPSOQ-Auswertungsworkshop in der Bezirksregierung Köln im Januar äußerten die Teilnehmenden harsche Kritik. Der Ansprechpartner der Bezirksregierung, Herr Alexander Scheiba, nahm an dem Workshop teil und stellte sich den Fragen und Wünschen der anwesenden Lehrerratsmitglieder. Er berichtete, dass er bereits aus den vorherigen Workshops Anregungen und Forderungen an die Bezirksregierung und das MSW weitergegeben habe, aber z.B. war die vielfache Forderung nach einem dritten pädagogischen Tag für COPSOQ in letzter Instanz vom MSW abgelehnt worden. Die Schulen hätten 2 pädagogische Tage und müssten dann eben einen dafür nutzen, lautete die Antwort. Trotzdem notierte er sich die Fragen und Forderungen, um sie weiterzuleiten.

Die COPSOQ-Erhebung im Regierungsbezirk Köln ist abgeschlossen. Die Schulberichte waren vor den Sommerferien an alle teilnehmenden Schulen gegangen. Im Herbst wurde begonnen, die Schulleitungen in Workshops der Bezirksregierung Köln über die Vorgehensweise der Auswertung zu informieren.

Da die Lehrerräte erst im 2. Schritt (ab Januar) Workshopangebote erhielten, hatte die GEW Rhein-Sieg bereits im November einen eigenen Auswertungsworkshop angeboten, der im Februar noch einmal wiederholt wurde.

Seit Januar gibt es die Auswertungswshops für Lehrerräte in der Bezirksregierung Köln. Die Termine sind auf der Seite der Bezirksregierung zu finden: →

Interpretation COPSOQ-Ergebnisse



• Auswertungsparameter

- > 2 Punkte positiver Abweichung = kein Handlungsbedarf
- + - 2 Punkte = kein Handlungsbedarf
- 3 – 6 Punkte negativer Abweichung = Mittlerer Handlungsbedarf
- Ab 7 Punkte negativer Abweichung = Hoher Handlungsbedarf

http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/veranstaltungen/index.html

Die Teilnehmenden werden am Vormittag über rechtliche Hintergründe der Gefährdungsbeurteilung Psychosoziale Belastungen informiert, ferner über das Belastungs-Beanspruchungs-Modell und die Phasen des Auswertungsprozesses.

An dieser Stelle (Folie 12 des Vortrages) ist das große Manko des Vortrages zu finden: Sie gibt das wieder, was leider auch das durchführende Institut FFAW (Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften) in den Schulberichten schreibt: Es wird die Festlegung getroffen, ab wann Handlungsbedarf für die Beseitigung, bzw. den Abbau von Gesundheitsgefährdungen besteht. Der Handlungsbedarf wird aber nicht etwa von der Höhe einer gesundheitlichen Belastung/Gefährdung abhängig gemacht, sondern von Abweichungen bei ermittelten Durchschnittswerten im Vergleich mit anderen Schulen. Das würde bedeuten, dass wenn die Schule im Vergleich zu den Referenzschulen ähnlich schlechte Werte hat, also keine großen Unterschiede bestehen, dass kein Handlungsbedarf besteht! Im Vortrag ist das so formuliert:

Das ist eine absolut falsche Aussage! Jede Schule bestimmt selbst, wo sie den Handlungsbedarf sieht. Die Abweichungen zu anderen Schulen können ein Anhaltspunkt sein, müssen es aber nicht. Wenn in allen Schulformen ein hoher Work-Privacy-Conflict besteht, also keine nennenswerten Abweichungen beim Vergleich bestehen, besteht trotzdem Handlungsbedarf!

Dr. Nübling, der Leiter von FFAW, wurde von den Hauptpersonalräten auf diese Problematik hingewiesen. Er gab an, dass diese Parameter eine erste Hilfe beim Setzen eines Fokus sein sollen, um die größ-

ten Belastungen schnell erkennen zu können. Eine Änderungsnotwendigkeit dieser Angaben sah er nicht! Es ist zu befürchten, dass dies dem Auftraggeber MSW NRW geschuldet ist...

Man muss den Moderatorinnen des BAD (Betriebsärztlicher Dienst) zugutehalten, dass sie darauf hinwiesen, dass es sich bei diesen Auswertungsparametern lediglich um Anhaltspunkte handele und jede Schule selbst ihre Prioritäten in den Belastungsschwerpunkten setze. Trotzdem sind diese Aussagen in der Welt, die Präsentation wurde bisher nicht verändert.

An den Rahmenbedingungen sind insgesamt als großes Minus die Kommunikationswege zu verzeichnen. Lehrerräte werden per E-Mail über die Schulleitungen angeschrieben – das ist kein zuverlässiger Verteiler! Nicht alle Schulleitungen gaben die Infos weiter. Auf LR-Treffen und Fortbildungen erfuhr ich von einigen Lehrerräten, die z.B. gar nicht von dem Verfahren wussten, so dass einige Schulen aus Unkenntnis gar nicht teilnahmen. Manche Lehrerräte mussten um die Aushändigung des Berichtes kämpfen, obwohl die Bezirksregierung die Schulleitungen auf die Verpflichtung der Weitergabe der Schulberichte hinwies. Ebenso erfahren Lehrerräte teilweise nicht von den Auswertungs-Workshops der Bezirksregierung!

Der BAD gab folgende Empfehlungen für die Vorgehensweise bei der Auswertung:

Eine Steuergruppe bilden mit Mitgliedern der Schulleitung und des Lehrerrats sowie z.B. Vertreter*innen von Vollzeit- und Teilzeit-Beschäftigten, von verschiedenen Schulstufen, Frauen und Männern, kürzere und lange Schulzugehörigkeit u.a.

Belastungsschwerpunkte ermitteln und darstellen, z.B. auf Stellwänden im Lehrerzimmer. Hilfreich ist eine Abbildung der dazugehörigen Grafik aus dem Schulbericht und der Fragen aus dem Fragebogen, die dazugehören (aus der Skalenübersicht des Berichts abzulesen).

Das Kollegium sollte die Belastungsschwerpunkte gewichten, nicht die Steuergruppe. Möglich ist z.B. eine Vergabe von Punkten – jede/r erhält 6 Punkte und kann mit 3, 2 und 1 drei Belastungsschwerpunkte bewerten. Zeitfenster: 2 Wochen

In einer Konferenz werden die Ergebnisse vorgestellt. Das Kollegium kann auf Karteikarten seine Vermutungen äußern, wie es zu diesen Belastungen kommt. Möglicherweise kann man auch schon Lösungsvorschläge aufschreiben.

Die Steuergruppe wertet die Abfrage aus und überlegt weitere Maßnahmen. Erste Anhaltspunkte findet man in dem Maßnahmen- und Unterstützungskatalog, der dem Schulbericht beilag. Dort sind z.B. Institutionen aufgelistet, die zu speziellen Themen Fortbildungen anbieten.

Das Dokumentationsformular muss von der Schulleitung ausgefüllt werden, der Lehrerrat erhält eine Kopie.

Nach Durchführung der Maßnahmen sollte nach angemessener Zeit evaluiert werden, ob die Maßnahmen gegriffen haben, weitergeführt werden sollen oder ob in andere Richtungen gedacht werden muss.

Das sind auf der einen Seite hilfreiche Empfehlungen. Trotzdem bleibt zu bemängeln, dass die Dokumentation der gesundheitlichen Gefährdungen lt. Formular schulintern vorgesehen ist. Hier sollte jedes Kollegium überlegen, ob es die Dokumentation weiterleitet, z.B. an den Schultträger, das Schulamt oder die Bezirksregierung.

Verbesserung bei Ruhegehältern durch Anrechnung von Kindererziehung

von Nina Goerges, GEW StV Köln – Rechtsberatung

Der NRW-Landtag hat mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz vom 01.07.2016 Verbesserungen bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten beschlossen.

Hierbei sind die Erziehungszeiten betroffen für

- Kinder, geboren ab dem 01.01.1992, für einen Kindererziehungszuschlag (KEZ) und
- Kinder, geboren ab dem 01.01.1982, für einen Kindererziehungsergänzungszuschlag (KEEZ).

Bislang gab es einen KEZ meist nur dann, wenn man in den drei Jahren ab Geburt des Kindes ab 1.1.1992 möglichst wenig gearbeitet hatte. Einen KEEZ gab es meist nur in der Höhe von wenigen Euro. Dies hat sich durch die Neuregelung geändert.

Der KEZ wird für die ersten drei Jahre einer Kindererziehung eines ab dem 01.01.1992 geborenen Kindes gezahlt. Dabei spielt es jetzt keine Rolle mehr, ob die Mutter in Erziehungszeit war oder Teilzeit oder Vollzeit gearbeitet hat. Pro Monat der Kindererziehungszeit werden 2,93 Euro gezahlt; dies sind für 36 Monate 105,48 Euro (Stand 01.04.2017).

Der KEEZ wird für die ersten 10 Jahre der Kindererziehungszeit gewährt, die ab dem 01.01.1992 liegt. Dabei wird die Zeit, für die ein KEZ gezahlt wird, also die ersten drei Jahre, ausgespart. Hier sind also auch Kinder betroffen, die schon nach dem 01.01.1982 geboren sind. Wenn in diesen 10 Jahren Zeiten liegen, in denen eine (Teilzeit)Beschäftigung im Beamtenverhältnis vorliegt, werden pro Monat 0,65 Euro gezahlt. Wenn in diesen 10 Jahren Zeiten liegen, in denen mehr als ein Kind erzogen wurde, wird für jeden Monat des Zusammentreffens von mehreren Erziehungszeiten 0,89

Euro gezahlt. Durch diese beiden Zuschläge können durchaus Beträge von bis etwa 55 Euro zur Auszahlung kommen.

Für Kinder, die kurz nach dem 01.01.1982 geboren sind, ergeben sich naturgemäß nur Beträge von einigen Cent bzw. wenigen Euro, da ja nur eine kurze Zeit in die Zeit ab dem 01.01.1992 hineinragt.

Die Zuschläge werden im Ruhegehalt bei demjenigen gezahlt, der das Kind überwiegend erzogen hat (in der Regel die Mutter). Beide Zuschläge werden steuerfrei gezahlt. Die Zahlung dieser Zuschläge gibt es allerdings nur, soweit die Höchstmarke eines Ruhegehaltssatzes von 71,75 % noch nicht erreicht ist.

Wichtig: Diese Neuberechnung gilt auch für bestehende Ruhegehälter. Das LBV wird nicht in der Lage sein, diese Fälle von sich aus zu bearbeiten. Kolleginnen, die bereits im Ruhestand sind, sollten sich unter Angabe ihrer R-Nummer (siehe Vergütungsmitteilung) an das LBV wenden und um eine Neuberechnung des KEZ bzw. des KEEZ bitten. Es erfolgt eine Berechnung und Nachzahlung rückwirkend ab Ruhestandsbeginn, frühestens jedoch ab 01.07.2016.

Nicht geregelt hat der Landtag die entsprechende Würdigung einer Kindererziehung im Rahmen einer höheren Bewertung für die Kinder, die bis zum 31.12.1991 geboren sind. Hier bleibt es dabei, dass nur die ersten sechs Lebensmonate des Kindes im Ruhegehalt als Vollzeit gerechnet werden; als Ergebnis gibt es für diese Kinder ein höheres Ruhegehalt mit einer Spannbreite von nur 0,00 Euro bis etwa 44,85 Euro (A13).



Foto: Twin Design

Das System der Tageslernsituationen

Ein Bericht nach fünf Jahren Erfahrung

Anna Emmans und Marlise Hübner, BK-
Lehrerinnen und Mitglieder der GEW Rhein-Erft

Seit dem Schuljahr 2010/11 ist die Ausbildungsvorbereitung am Berufskolleg des Rhein-Erft-Kreises in Bergheim nach dem System der Tageslernsituationen (TLS) organisiert. Seitdem haben wir das Konzept stetig weiter entwickelt, indem wir die Tageslernsituationen den neuen Bildungsplänen angepasst und unsere digitale Bildungsplanung „Biko“ zur Planung, Selbst- und Fremdkontrolle und zur individuellen Förderung erweitert haben. Im Folgenden wird das optimierte Konzept ausführlich beschrieben. Dabei gehen wir davon aus, dass interessierten Leser*innen die Rahmenbedingungen in der Ausbildungsvorbereitung geläufig sind.

1. Das Konzept der Tageslernsituationen (TLS)

Um den Jugendlichen einen möglichst großen Kompetenzzuwachs zu ermöglichen, durchlaufen sie im TLS-System an einem Tag über einen Zeitraum von sechs Unterrichtsstunden eine vollständige, abgeschlossene und fächerübergreifende Lernsituation. Fachunterricht im Zwei-Stunden-Rhythmus gibt es nicht mehr. So können die Schüler*innen unabhängig von Fehlzeiten die vollständige Handlung erfahren, Ihre Kompetenzen erweitern und selbst den eigenen Lernerfolg erkennen. Während sie bei zwei Unterrichtsstunden pro Woche je Fach im Falle von Fehlzeiten wichtige Phasen verpassen, oft den Anschluss nicht mehr finden, der Lernerfolg ausbleibt und der Frust steigt, führen die TLS nach unserer Erfahrung zu spürbaren Lernzuwächsen und Erfolgserlebnissen für die Schüler*innen.

Auswirkungen auf den Bildungsgang

Alle Schüler*innen der Ausbildungsvorbereitung werden an denselben Tagen gemeinsam beschult. Dadurch stehen mehrere Lehrkräfte zur Verfügung, die verschiedene TLS anbieten.

Auswirkungen auf die Schüler*innen

Die Schüler*innen haben die Möglichkeit aus verschiedenen TLS, die für sie passende auszuwählen. Die Wahlmöglichkeit führt zu einer höheren Lernmotivation. Gleichzeitig müssen die Jugendlichen aber auch selbst Verantwortung für ihr Lernen übernehmen.

Auswirkungen auf die Lerngruppe

Die Lerngruppen mischen sich an jedem Schultag neu, was sich nicht nur positiv auf die Sozialkompetenzen der Schüler*innen auswirkt sondern auch auf gruppendynamische Phänomene. So finden nach unseren bisherigen Erfahrungen weder feste Rollenzuschreibungen (Klassenclown, Störenfried ...) noch Mobbing statt.

Deutsch	1	2	3
Sprechen und Zuhören	A1 - Ich nutze grundlegende Formen und Funktionen der Kommunikation in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen.	A2 - Ich wende Grundelemente von Gesprächsmodellen an.	A3 - Ich berichte Gesprächssituationen vor.
Lesen - mit Texten umgehen	B1 - Ich beherrsche Lesetechniken.	B2 - Ich erschließe mit Wortbedeutungen mit geeigneten Hilfsmitteln.	B3 - Ich wende Verfahren zur Textstrukturierung und -erschließung an.
Schreiben	C1 - Ich wende grundlegende Regeln der Rechtschreibung, Zeichensetzung und Grammatik an.	C2 - Ich erkenne eigene Schreibschwerpunkte und wende Schreibstrategien an.	C3 - Ich kann ein formales Schreiben und Grafiken erstellen.
Medien verstehen und nutzen	D1 - Ich unterscheide zwischen Informations- und Unterhaltungsfunktion von Medien.	D2 - Ich kenne unterschiedliche Medien und kann die Wirkung von medien-spezifischen Gestaltungsmitteln einschätzen.	D3 - Ich unterscheide zwischen Realität und Virtualität in Medien.
Sprache und Sprachgebrauch untersuchen	E1 - Ich erfasse die unterschiedlichen Kommunikationsebenen in beruflichen, gesellschaftlichen und privaten Situationen.	E2 - Ich nutze einen der Situation angemessenen Wortschatz.	E3 - Ich erfasse grundlegende Textfunktionen.

Auswirkungen auf den Inhalt

Die angebotenen Tageslernsituationen decken unterschiedliche Themengebiete, Fachinhalte und Niveaus ab, so dass die unterschiedlichen Schülerinteressen abgedeckt werden können. Aber alle Lernsituationen vermitteln die im Bildungsplan vorgesehenen Kompetenzen.

1.1 Von den Bildungsplänen zu kompetenzorientierten Tageslernsituationen Planung im Bildungsgang

Um einerseits abwechslungsreiche und schülerorientierte Lernsituationen anbieten zu können und andererseits die Vorgaben der Bildungspläne zu erfüllen, haben wir alle Zielformulierungen der Bildungspläne in Kompetenzraster überführt. Teilweise haben wir für sehr umfangreiche Zielformulierungen noch Teilkompetenzen ergänzt.

Planung durch Lehrkräfte

In unserer digitalen Bildungsplanung (Biko) wählen die Lehrkräfte bei der Planung von TLS mit Hilfe einer Stichwortsuche die passenden Kompetenzen aus.

Planung durch Schüler/-innen

Schüler*innen, die an einer TLS teilnehmen, sammeln für ihre Kompetenzraster entsprechend ihren Leistungen in eben diesen Kompetenzen Punkte. Jede Schüler*in kann in Biko online in individuellen Kompetenzrastern sehen, welche Kompetenzen er/sie schon erworben hat und welche er/sie noch erwerben kann inklusive der dazugehörigen Tageslernsituationenangebote. Auf diese

1.2 Individuelle Förderung

Das TLS-System bietet vielfältige Möglichkeiten der individuellen Förderung: Die angebotenen TLS decken verschiedene Leistungsniveaus ab. Lernschwächere Schüler*innen haben die Möglichkeit, eine TLS ein weiteres Mal zu belegen.

Zu jeder Kompetenz sind in den einzelnen Kompetenzrastern Arbeitsblätter hinterlegt. Die Schüler*innen können sich die Arbeitsblätter eigenständig herunterladen. Verpassen Schüler*innen Unterricht, erhalten sie noch am selben Tag Arbeitsblätter auf der Grundlage des Standes ihrer individuellen Kompetenzraster per Mail unabhängig davon, ob sie entschuldigt oder unentschuldigt fehlten. Mithilfe einer To do-Liste können die Lehrkräfte die versendeten Aufgaben nachhalten.

Interessengeleitetes Lernen durch Wahlmöglichkeit

Durch die Möglichkeit, eine TLS zu wählen, können die Schüler*innen interessengeleitet lernen. Themen- und Handlungsorientierung erhöhen darüber hinaus die Sinnhaftigkeit für die Jugendlichen.

Daten	Bildungsplan	Noten	Stunden	Kompetenzen	Historie
Noten					
Zielraum					
1. Halbjahr 2016/2017					
Schuljahr 2016/2017					
Anwesenheit					
Tage					
Anwesend 14					
Fehltage (entschuldigt) 4					
Fehltage (unentschuldigt) 0					
Fehltage (gesamt) 4					
Leistungen					
Ansicht: Erweitert					
Sonstige Leistungen Schriftl. Leistungen Gesamt					
Fach TLS Sonst. Ø Std. Anw. Klausur Portfolio Ø Gesamt Anw.					
Deutsch 2,83 - 2,83 10/20 4,00 - - - 2,83 4,00					
Mathematik 3,00 - 3,00 4/20 5,00 - - - 3,00 5,00					
Englisch 1,69 - 1,69 18/20 1,69 - - - 1,69 1,69					
Naturwissenschaft 3,00 - 3,00 4/10 5,00 - - - 3,00 5,00					
Politik/Gesellschaftslehre 2,29 - 2,29 21/10 2,29 - - - 2,29 2,29					
Religion 2,30 - 2,30 2/10 5,00 - - - 2,30 5,00					
Sport/Gesundheitsförderung 2,15 - 2,15 2/10 5,00 - - - 2,15 5,00					
Praktikum - - - 0/0 - - - - -					

Daten	Bildungsplan	Noten	Stunden	Kompetenzen	Historie
Deutsch					
A Sprechen und Zuhören					
A1 A2 A3 A4					
B Lesen - mit Texten umgehen					
B1 B2 B3					
C Schreiben					
C1 C2 C3 C4 C5 C6					
D Medien verstehen und nutzen					
D1 D2 D3 D4 D5 D6					
E Sprache und Sprachgebrauch untersuchen					
E1 E2 E3 E4 E5 E6					

A Sprechen und Zuhören					
A1					
Ich nutze grundlegende Formen und Funktionen der Kommunikation in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen.					
Ich erkenne verbale, nonverbale (Mimik, Gestik und Körpersprache) und paraverbale Gesprächsanteile (Stimmhöhe, Tonhöhe, Deutlichkeit ...). (D, AS 1, ZF 1, Teilkompetenz)					
Ich kann zwischen beruflicher, gesellschaftlicher und privater Kommunikation unterscheiden und mich jeweils situations- und adressatengerecht verhalten. (D, AS 1, ZF 1, Teilkompetenz)					
Ich kann mit Kommunikationsproblemen /-störungen (z.B. Missverständnissen) angemessen umgehen. (D, AS 1, ZF 1, Teilkompetenz und ZF 4, Teilkompetenz)					
A2					
Ich wende Grundelemente von Gesprächsmodellen an.					

Daten	Bildungsplan	Noten	Stunden	Kompetenzen	Historie
Bildungsplan					
Persönliches Bildungsziel					
Stärken					
Förderbedarf (nur intern einsehbar)					
Zielvereinbarung					

Ein Blick in die „digitale Bildungsplanung“ („Biko“) zur Planung, Selbst- und Fremdkontrolle und zur individuellen Förderung



Individuelle Bildungspläne

Je Quartal findet ein Beratungstag statt, an dem nicht nur gemeinsam mit den Schüler*innen in die Notenübersicht und die Kompetenzraster geschaut wird, sondern auch mit jedem im Rahmen eines individuellen Bildungsplanes Zielvereinbarungen getroffen werden. Diese sind in Biko für Schüler*innen und Lehrkräfte jederzeit einsehbar.

Überfachliche Lern- und Arbeitstechniken

Die Vermittlung und Vertiefung der für diese Jugendlichen so wichtigen überfachlichen Lern- und Arbeitstechniken erfolgt nach einem Jahresplan zu bestimmten Zeiten gleichzeitig in allen Tageslernsituationen. Auch hier wird der Kompetenzzuwachs jeweils in einem individuellen Kompetenzraster festgehalten.

Lernerfolgskontrollen

In zentralen Lernerfolgskontrollen (LEK) wird der Kompetenzzuwachs der Jugendlichen geprüft. Hier haben die Jugendlichen wieder eine Wahlmöglichkeit, indem sie über die zeitliche Abfolge der LEK in den verschiedenen Fächern entscheiden.

2. Perspektive

Zurzeit arbeiten wir daran, dass die Lernerfolgskontrollen nicht nur durch TLS vorbereitet und dann zentral geprüft werden, sondern von den Jugendlichen zeitlich individuell beim Erreichen einer Kompetenzstufe bearbeitet werden können.

3. Evaluation

Seit der Einführung des Systems der Tageslernsituationen im Schuljahr 2010/11 haben wir zwei umfangreiche Evaluationen bei den Schüler*innen und den Lehrkräften durchgeführt und zwar in den Schuljahren 2010/11 und 2014/15.

Ein Ergebnis ist, dass es deutlich weniger Fehlzeiten gibt. So blieb bis zu seiner Einführung etwa die Hälfte der Schüler*innen (54 %) dem Unterricht fern, 22 % davon unentschuldig. Seit der Einführung des Konzepts fehlt nur noch ein Viertel (26,8 % im Jahr 2010/11; 27,2 % im Jahr 2014/15) der Schüler*innen, davon nur noch 10 % (2010/11) bzw. 11,5 % (2014/15) ohne Entschuldigung.

Beide Evaluationsergebnisse zeigen, dass die Jugendlichen das Gefühl haben, in den Tageslernsituationen etwas zu lernen. Diese Einschätzung teilen auch die Lehrkräfte. Die Lehrerbefragungen haben außerdem ergeben, dass sich das Lernklima (sowohl das Verhältnis der Jugendlichen untereinander als auch das Schüler-Lehrer-Verhältnis) deutlich verbessert hat. Die Lehrkräfte halten den Unterricht in Tageslernsituationen für effektiver und sehen mehr Möglichkeiten die Jugendlichen individuell zu fördern. Insgesamt ist die Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte seit der Umstellung auf das Konzept gestiegen. „So macht das Unterrichten in der Ausbildungsvorbereitung für mich wieder Sinn!“, waren die Worte einer Kollegin von einer anderen Schule bei unserem ersten Symposium nach der Einführung des TLS-Systems an ihrer Schule.

4. Symposien zum TLS-System

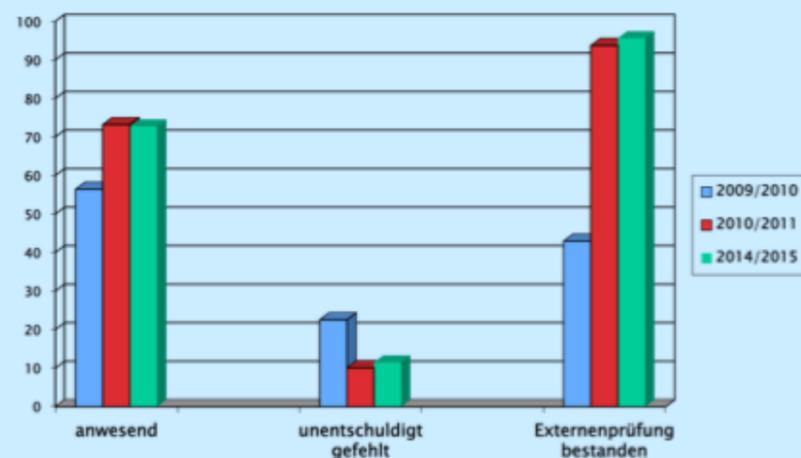
Zu einer höheren Lehrerzufriedenheit trägt darüber hinaus der rege Austausch mit Lehrkräften anderer Schulen, die das TLS-System zwischenzeitlich eingeführt haben, bei. Seit dem Schuljahr 2015/16 findet am Berufskolleg Bergheim jährlich ein Symposium zum TLS-System statt, bei dem sich die Lehrkräfte von Schulen, die ebenfalls im TLS-System unterrichten, über das Themen wie z.B. Best-Practice-TLS, Herausforderungen und Lösungsbeispiele in der organisatorischen Umsetzung, Classroom-Management oder Kompetenzorientierung im TLS-System austauschen. Das nächste Symposium findet am 13. November 2017 statt.

5. Hospitationen am Berufskolleg Bergheim

Wenn Sie weitere Fragen haben, besteht die Möglichkeit im Unterricht einer TLS zu hospitieren und das TLS-System vor Ort kennen zu lernen. Anfragen richten Sie bitte an

Emmans@Berufskolleg-Bergheim.de.

Anwesenheit der Schüler/-innen
vor dem Wechsel zum TLS-System im Schuljahr 2009/10
und nach der Umstellung in den Jahren 2010/11 sowie 2014/15



**GEWERKSCHAFT
ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
STADTVERBAND KÖLN**

EINLADUNG

Workshop: Locker vom Hocker

Improvisationstheater für Lehrerinnen und Lehrer

Liebe Referendar*innen und Kolleg*innen,

die Fachgruppe Gymnasium der GEW Köln lädt ganz herzlich zu einem Workshop ein.

Improvisationstheater ist eine Form des Theaters, bei dem auf der Bühne vor einem Publikum improvisiert wird. „Improvisieren“ bedeutet, etwas ohne Vorbereitung, aus dem Stegreif zu tun. Aus dem Nichts entstehen Geschichten, die durch das spontane und schlagfertige Spiel der Akteurinnen und Akteure zu einem unterhaltsamen Theater werden. Auch im Lehreralltag gibt es viele unvorhersehbare Ereignisse und Situationen, auf die schnell und spontan reagiert werden muss. Spontaneität, Flexibilität und Schlagfertigkeit lassen sich mit den Methoden des Impro-Theaters hervorragend und mit viel Freude trainieren. Viele Situationen können dadurch leichter, freudiger und oft wirkungsvoller gemeistert werden.

Die Teilnehmer*innen erhalten einen kurzen Einblick in die Grundprinzipien des Impro-Theaters und probieren viele Übungen direkt im Workshop aus. Sie erhalten Anregungen, wie sie Impro-Theatermethoden für sich selbst und in ihrer pädagogischen Arbeit nutzen können.

Die Übungen führt die erfahrene Theaterpädagogin Claudia Timpner durch. Sie leitet das Institut www.kreativ-impulse.de und ist Mitspielerin der Improtheatergruppe 8 Richtige.

Termin: Donnerstag, 28.09.2017 von 17 bis 20 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, großer Saal
U-Bahn Linien 3, 4, 5

Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich: per E-Mail an gew-koeln@netcologne.de. Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 €, für GEW-Mitglieder und Studierende ist die Teilnahme kostenlos.

„Potentiale einer demokratischen Schule in der Türkei und in Deutschland“

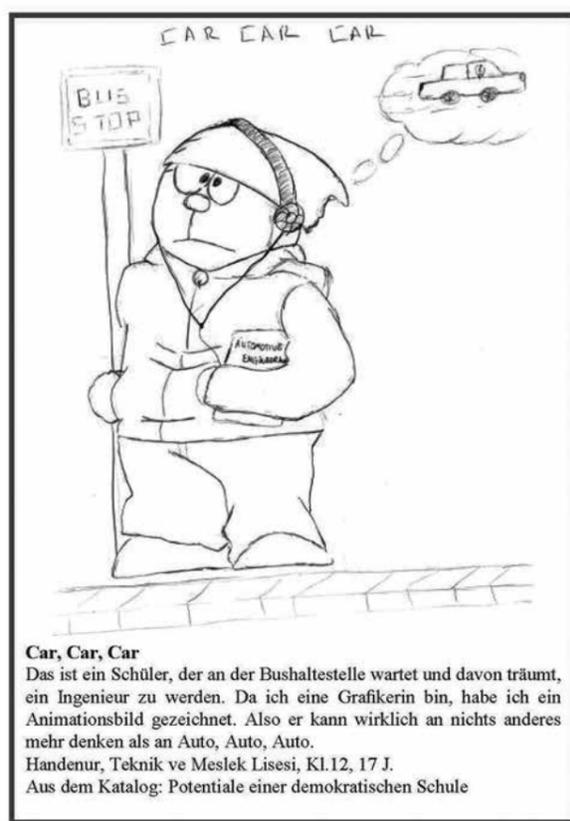
Das Nippes Museum zeigt eine neue Sammlung von Schüler- und Lehrkräfteportraits aus 13 Schulen **von Wolfgang Zschke, Nippes Museum Köln Jugendhilfe und Schule e. V.**

Im Mittelpunkt der neuen Sammlung im Nippes Museum stehen generative Themen von Kindern, Jugendlichen und Lehrkräften in Köln und Ankara, die ihr eigenes Leben im Kontext von Schule und Gesellschaft beleuchten. Gezeigt werden bei Workshops in Ankara und in Parallelaktionen mit Kölner Schulklassen entstandene Zeichnungen und Texte. Hinzu kommt eine Gegenüberstellung mit einer Sammlung von Schülerportraits, die auf gleiche Weise vor 20 Jahren in Ankara entstand und auch die demokratische Tradition der türkischen Lehrerbildung dokumentiert, für die sich seinerzeit der Kölner GEW-Vorsitzende und Türkei-Referent Reinhard Hocker einsetzte.

Die Exponate ermöglichen mit Scherz, Satire und tieferer Bedeutung einen immanenten Nachvollzug von Zwängen, Freiheit und realen Handlungsmöglichkeiten aus Sicht der zentralen Akteure. Im Raum des verwinkelten Museums, in dem nachmittags Schüler frei-willig arbeiten, steht die Frage nach Potentialen einer demokratischen Schule. Es ist noch nicht lange her, dass die Türkei als Adressat der Entwicklungshilfe gesehen wurde. Heute finden sich Länder wie Deutschland und die Türkei nebeneinander wieder im Kontext der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Handelsverträge und der Flüchtlingspolitik. In der Bildungspolitik stehen sie gemeinsam auf dem Prüfstand von PISA und sind auf jeweils eigene Art und Weise mit einer globalen Bildungssteuerung konfrontiert, die nach dem Verkehr und den Gesundheitsdiensten auch die öffentliche Bildung zur Privatisierung und Kommerzialisierung ausschreibt.

Die Akteursperspektive verändert das politisch umkämpfte Bild der Länder voneinander. Nur wenige Schüler und Lehrkräfte übernehmen naiv die Ideale einer im Sinne von Humankapital rationalisierten Schule. In beiden Ländern ist ein Auf und Ab bei der Einführung und Rücknahme von Schulreformen zu beobachten. Soziale Inkonsistenz durch Bildungsaufstieg stellt ebenso eine gemeinsame Herausforderung dar wie der institutionelle Populismus, der von Konkurrenz und hybriden Methoden der Bildungspolitik ausgehen kann.

Die Schüler äußern höhere Ansprüche an politische Korrektheit als man ihnen beim Einfordern korrekten Verhaltens unterstellt. Der Erziehungsanspruch wird aber nicht einfach abgelehnt, sondern ironisiert. Selbst das OECD-Konzept für die Berufsschulen, Unternehmerkompetenzen zu vermitteln, wird nicht gleich



Car, Car, Car
Das ist ein Schüler, der an der Bushaltestelle wartet und davon träumt, ein Ingenieur zu werden. Da ich eine Grafikerin bin, habe ich ein Animationsbild gezeichnet. Also er kann wirklich an nichts anderes mehr denken als an Auto, Auto, Auto.
Handenur, Teknik ve Meslek Lisesi, Kl.12, 17 J.
Aus dem Katalog: Potentiale einer demokratischen Schule

verdammt, sondern mit Ansprüchen auf Arbeitnehmerbildung, Handwerker- und Konsumentensouveränität konfrontiert.

Vor Kurzschlüssen oder direkten Ableitungen zwischen Biografien, Politik und Pädagogik wird im Katalog allerdings gewarnt. Die Einführung zum Ländervergleich erinnert an den Kontext der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, vergleicht den Verlauf der Schulreformen und ermittelt gemeinsame gesellschaftspolitische Probleme der Länder, die aus Bildungsaufstieg und sozialer Inkonsistenz resultieren. Zwischen den scheinbar unvereinbaren Welten der Subjekte und der globalen Steuerung gibt es keine einfache Auflösung durch Optimierung der Kommunikation, auch nicht durch Digitalisierung. Oft sagt das

Schweigen mehr als der wüste Chat: «Nach der Sonne kommt der Donner», kommentiert ein Inklusionsschüler sein leuchtendes Bild, der ein Mobbingtagebuch geschrieben hat. „Ich nutze die Koranlektüre als Ersatz für philologisches Lesen, das wir im Türkischen nicht machen“, sagt eine Schülerin in der Predigerausbildung am religiösen Gymnasium in Ankara. Und die türkische Referendarin in Köln spricht für fast alle Lehrkräfte, die sich als kollektive Intellektuelle sehen, Poesie im Umgang mit den Schülern fordern und davon ausgehen, dass ihre beste Arbeit auf dem Flur und am Schreibtisch stattfindet. Tatsächlich entsteht erst durch die getrennte Betrachtung biografischer, fachlicher und politischer Deutungen eine Perspektive gleicher Augenhöhe zwischen den Akteuren und den Institutionen, die zugleich einen Verfremdungseffekt und die Chance neuer Fragen an die zuweilen blendenden Strategien der Bildungssteuerung ermöglicht.

Katalogverleih und eine Einführung zum internationalen Vergleich als Download: <https://www.vielfalt-mediathek.de>
Suchwort: Nippes Museum
Das Museum bietet Führungen und Workshops für Schulklassen, Eltern- und Fachkräftegruppen mit Anmeldung an: 0221 727275, nippes.jugend-nrw.de/publik



Neues Bildungsmaterial von „attac“

Vor kurzem startete eine neue Reihe mit Bildungsmaterial unter dem Motto „Wie wollen wir zusammen leben?“

von Holger Oppenhäuser, „attac“-Bundesbüro
(zuständig für Bildungsarbeit)

Seit Jahren finanzieren Unternehmen zahlreiche kostenlose Unterrichtsmaterialien. Manchmal sind sie direkt auf kommerzielle Interessen ausgerichtet. In jedem Fall zeigen sie die Welt durch die Brille ihrer Finanziers. So werden neoliberale Glaubenssätze in den Köpfen der Schüler*innen verankert. Denn Wirtschaftsthemen werden meist alleine im Rahmen der neoklassischen Lehre abgehandelt. Dem will das globalisierungskritische Netzwerk „attac“ mit eigenen Unterrichtsmaterialien etwas entgegensetzen.

Sekundarstufe I und II: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

Seit zwei Jahren produziert „attac“ die Reihe „Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“ für den Unterricht ab Sekundarstufe I und für die außerschulische Bildungsarbeit. Erschienen sind bisher zwei größere Einheiten zu den Themen „Europa nach der Krise?“ und „TTIP & Co: Handelsvertrag sticht Demokratie?“. Das Europa-Material wurde von der GEW, der IG Metall und der Otto-Brenner-Stiftung unterstützt. Derzeit wird das nächste Material zum Thema „Kapitalismus - oder was? Über Marktwirtschaft und Alternativen“ erarbeitet.

Jenseits der Tagespolitik

Die Themen sind als exemplarische Fälle aufbereitet. Das Bildungsmaterial zu TTIP beispielsweise thematisiert Grundfragen der aktuellen Handelspolitik. Es kann auch dann noch eingesetzt werden, wenn TTIP selbst oder andere behandelte Abkommen

vom Tisch sind. Auch das Europa-Material ist grundsätzlich angelegt. Es greift fünf zentrale Themen auf, die im Zusammenhang mit der Eurokrise relevant sind (etwa die Regulierung der Finanzmärkte) und macht sie anhand exemplarischer Auseinandersetzungen (etwa um die Finanztransaktionssteuer) bearbeitbar. Ziel ist es, ein Grundverständnis der jeweiligen Politikfelder und ihrer Relevanz in der Krise zu erreichen. Die Materialien können aber auch unabhängig vom engen Fokus auf die Krise eingesetzt werden.

Alternative Sichtweisen einbringen

Ein Ziel des Materials ist es, das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen zu thematisieren. Ein anderes Anliegen ist es, Gegenexpertisen zu den vorherrschenden neoklassischen Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse einzubringen. Es geht darum, die Wirkung unterschiedlicher ökonomischer Theorien sowie darauf basierender Politiken in ökonomischer wie sozialer und ökologischer Hinsicht abzuschätzen. Damit verbunden ist das Thematisieren sozialer Ungleichheiten sowie von Interessengegensätzen, Machtasymmetrien und systemischen Zwängen. Nicht zuletzt werden die ökonomischen Themen immer im Hinblick auf ihre demokratische Gestaltbarkeit hinterfragt.

mischer Theorien sowie darauf basierender Politiken in ökonomischer wie sozialer und ökologischer Hinsicht abzuschätzen. Damit verbunden ist das Thematisieren sozialer Ungleichheiten sowie von Interessengegensätzen, Machtasymmetrien und systemischen Zwängen. Nicht zuletzt werden die ökonomischen Themen immer im Hinblick auf ihre demokratische Gestaltbarkeit hinterfragt.

Kontroversität durch Kritik

Bei all dem geht es um Lernangebote, die bestimmte Perspektiven eröffnen, um sie zur Diskussion zu stellen, und nicht darum, die Lernenden zu manipulieren oder gar zu indoktrinieren. Ohnehin ist davon auszugehen, dass die Lehrer*innen Materialien von „attac“ gezielt als kritische Alternative zu anderen Positionen einsetzen, wie entsprechende Anfragen von Schulen zeigen.

Grundschulen: Wie wollen wir zusammen leben?

Jüngst hat Attac zudem die ersten Unterrichtseinheiten für die Klassen eins bis sechs zur Frage „Was ist gerecht?“ veröffentlicht. Sie bilden den Auftakt der Reihe „Wie wollen wir zusammen leben?“, die „attac“ mit dem „Humanistischen Landesverband Berlin-Brandenburg“ entwickelt. Diese Materialien eignen sich insbesondere für den Lebenskunde-, Ethik-, Religions- und Sachkundeunterricht. Im Zentrum stehen ethische Fragen. Zugleich werden die Kinder altersgemäß an einzelne Aspekte aus Wirtschaft und Politik herangeführt.

Download, Bestellung und Kontakt

Alle Materialien stehen zum kostenlosen Download im Netz (www.attac.de/bima) bereit. Eine Druckversion kann im „attac“-Webshop bestellt werden (<http://shop.attac.de>). Für weitere Information oder eine Aufnahme in den „attac“-Bildungsverteiler genügt eine E-Mail an Holger Oppenhäuser (bildung@attac.de).

#POinactie

**VIJF VOOR TWAALF:
PRIMAIR ONDERWIJS
VERDIENT MEER!**

**EERLIJK SALARIS
MINDER WERKDRUK**

Jan de Ven, Thijs Roovers, Louk Schueler, Ben Hoogenboom, Anke van Hoepen, Petra van Haran, Federatie van Onderwijsorganisaties, PO RAAD, ACB, CVV ONDERWIJS

„Eine ehrliche Bezahlung bei geringerer Arbeitsbelastung!“

„Es ist fünf vor zwölf!“ – Arbeitsniederlegung zur Angleichung der Lehrer*innen-Bezüge

In den Niederlanden hat eine Basis-Initiative zu Aktionen aufgerufen, mit denen sie die ungleiche Bezahlung an den verschiedenen Schulformen beenden will. Man fordert 20% mehr Lohn, und vier Bildungsgewerkschaften haben sich dem Aufruf angeschlossen.

von Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des „Geschäftsführenden Ausschuss“ (GA)

Unter den Lehrer*innen in den Niederlanden herrscht eine enorme Bereitschaft aktiv zu werden. Dies gilt vor allem für die Primarstufe und den Förderschulbereich. In einer Umfrage von Mitte April erklärten 97 Prozent der PädagogInnen, dass sie bereit sind zu streiken.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Da die Arbeitsbelastung im Bildungsbereich enorm ist, haben wir es hier mit der Berufsgruppe zu tun, die die höchste Burn-out-Rate aller Beschäftigten in den Niederlanden zu verzeichnen hat. Die Klassen sind zu groß, häufig größer als dreißig Kinder. Die Bezahlung ist schon seit fünf Jahren nicht erhöht worden und liegt in der Grundschule noch 20 Prozent unter dem, was an weiterführenden Schulen bezahlt wird. Es herrscht Lehrermangel und die Qualität steht unter starkem Druck. Es kommt vor, dass ganze Klassen nach Hause geschickt werden, weil keine Vertretungskräfte zur Verfügung stehen.

Vergleichbare Situation zu der in NRW

Unter der Überschrift „Het is vijf voor twaalf!“ („Es ist fünf vor zwölf!“) ist dem Internetauftritt von „PO in actie“ (www.poinactie.nl) zu entnehmen, welche Probleme gesehen werden. Demnach melden sich zu wenige Studierende für das Lehramt an. Der Krankenstand der Lehrerschaft ist viel zu hoch und nimmt weiter zu. Folglich steigt der Lehrermangel und die Zahl der Lehrkräfte nimmt weiter ab.

Jahrelang ist viel zu wenig in die Bildung investiert worden, und jetzt ist für die Lehrer*innen das Maß voll. Das gilt nicht nur für die Primarstufe und die Förderschulen sondern ebenso für die weiterführenden und die Hochschulen. Auch in den Fachoberschulen ist die Aktionsbereitschaft hoch.

Die Forderung nach einer 20prozentigen Lohnsteigerung wird mit derselben Länge der Ausbildung der Primarschullehrer*innen

und demselben hohen Maß an Verantwortung im Vergleich zu den anderen Schulformen begründet. Darüber hinaus werden eine Reduzierung des Arbeitspensums und kleinere Klassen gefordert.

Sollte sich an der Situation nichts ändern, so wird von einer Reduzierung der Anzahl an Lehrkräften um 10.000 bis zum Jahr 2025 ausgegangen. Die Anzahl der Studierenden, die sich für das Grundschullehramt entschieden haben, ist in den letzten zehn Jahren um 77% zurückgegangen.

Schon jetzt gibt es umfangreiche Probleme, vor allem in den großen Städten. Bisweilen werden unqualifizierte Student*innen in den Klassen eingesetzt. Einer von vier Grundschullehrer*innen wird Opfer von burn-out.

Gewerkschaften reagieren auf den Druck der Beschäftigten

Bis vor kurzem haben die Vorstände der Bildungsgewerkschaften nur wenig von sich hören lassen. Jetzt stehen sie unter dem Druck von unten. Durch das Entstehen der Aktionsgruppe „PO in actie“ (dt.: „Primarschulen in Aktion“) sind sie in Zugzwang geraten. Diese Basis-Initiative ist von drei Lehrer*innen als „facebook“-Gruppe ins Leben gerufen worden und hatte binnen kürzester Zeit 41.000 Mitglieder. Gleich zu Beginn drohte man damit, im September den Grundschulbereich für eine Woche lahm legen zu wollen, sollten ihre Forderungen nicht in den Koalitionsvertrag der neuen Regierung mit aufgenommen werden.

„PO in actie“ lieferte auch den Anlass, weshalb die Gewerkschaftsvorstände plötzlich ebenfalls von der Möglichkeit sprachen, dass es zu Streiks kommen könnte. Klar ist, dass die Forderungen, die von „PO in actie“ formuliert werden, vollkommen gerechtfertigt sind:

Gleiche Bezahlung wie in der Sekundarstufe. „PO in actie“ fordert, dass die gesamte bisherige Lohnsystematik ersetzt wird

durch die Lohnsystematik des Sekundarbereichs und dass die Lehrkräfte an den Grundschulen übergeleitet werden in die derzeitige Lohnskala und Stufenzuordnung.

Investitionen zur Verringerung der Arbeitsbelastung und Verkleinerung der Klassen.

Regierung bleibt stur, die Antwort folgt auf dem Fuß

Für ihr Leitmotiv hat sich „PO in actie“ bei Nelson Mandela bedient. Auf ihrer Homepage steht in dicken Lettern sein Ausspruch zu lesen: „It always seems impossible, until it's done!“ (dt.: „Es scheint immer unmöglich, bis man es vollbracht hat“). In Kürze will man sich mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zusammensetzen, um sich an die Politik zu wenden. Das Ziel ist eine Regierungsvereinbarung, mit der die Zukunft einer guten Bildung gewährleistet wird.

Bleibt auch dies ohne Wirkung, wappnet man sich bereits für die nächsten Schritte: „Wenn diese Punkte nicht zufriedenstellend in einen Koalitionsvertrag einfließen, dann ist für >PO in actie< das Mittel des Streiks unumgänglich. Hierbei erwarten wir die absolute Unterstützung aller Gewerkschaften [...]. Es ist buchstäblich fünf vor zwölf!“.

Für den 27. Juni sind die Grundschullehrer*innen aufgerufen worden, zu Arbeitsbeginn für ein Stunde die Arbeit niederzulegen. Parallel dazu wurden 10.000 bis 20.000 Lehrer*innen und Eltern zu einer Kundgebung erwartet, die am selben Tag um 15.30 Uhr auf dem Malieveld in Den Haag stattfinden sollte. Bei der Aktion am 27. Juni handelt es sich um eine Initiative der Basis-Gruppe „PO in actie“ gemeinsam mit vier Lehrergewerkschaften und der Schulaufsicht. Der Höhepunkt war die Übergabe einer Peti-



tion an Regierungsvertreter, die bereits von 175.000 Personen unterzeichnet worden ist; und das in einem Zeitraum von weniger als zwei Wochen!

Mehrtägiger Streik nach den Sommerferien

Das Ziel besteht darin, dass alle Grundschulen des Landes an o.g. Tag in der ersten Unterrichtsstunde die Arbeit verweigern und dass jede Primarschule in den Niederlanden eineN Lehrer*in und einen Elternteil zur Kundgebung in die Hauptstadt schickt. Die Grundschulkolleg*innen erhalten viel Unterstützung von Lehrer*innen anderer Schulformen. Eine Gewerkschaft der Sekundarschullehrer*innen, die LIA („Lehrer*innen in Aktion“) hat für den 27. Juni zu Solidaritätsaktionen aufgerufen. Auch von Elternseite kommt Zuspruch. „Die einzigen, die sie nicht unterstützen, sind die Politiker*innen“, so der Sprecher von „PO in actie“, Jan van de Ven. Sollte die Regierung den Forderungen nach diesen Aktionen nicht nachkommen, so lautet der Plan, nach den Sommerferien einen mehrtägigen Streik durchzuführen.

„Nachtrag zu den aktuellen Entwicklungen nach dem 27.6.2017:

Die Aktion der Grundschullehrer*innen am 27. Juni war ein voller Erfolg. An 90% der niederländischen Grundschulen haben die Lehrkräfte in der ersten Unterrichtsstunde ihre Arbeit nicht aufgenommen. Tausende sind zur Kundgebung in Den Haag gekommen (genaue Zahlen liegen derzeit noch nicht vor). 350.000 Personen haben die Petition von „PO in actie“ unterzeichnet. Die Stimmung war sehr enthusiastisch. Die Lehrer*innen werden die Aktionen ausweiten, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Eine beteiligte Lehrerin meinte, sie gehe davon aus, dass ein einwöchiger Streik Wirkung zeigen werde.

Schon jetzt haben die Aktionen etwas bewirkt: Die PvdA (sozialdemokratische Partei der Niederlande), die als Koalitionspartner der zurückgetretenen Regierung angehörte, hat eine Kehrtwende hingelegt und geäußert, dass sie einem neuen Haushalt nur dann zustimmen wird, wenn dieser zusätzliche Mittel für die Grundschullehrer*innen beinhaltet.“

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

Einladung zu den **Montag-Meetings** der jungen GEW Köln



Foto: pixabay.com/music4life

FÜR WEN?

Für Erzieher*innen, Referendar*innen, LAA, Lehrer*innen, Studierende oder Hochschulmitarbeiter*innen bis 35 Jahre, die Mitglied der GEW in Köln sind.

WO?

in der Regel im Kölner DGB Haus, Hans-Böckler-Platz 1

WAS GENAU?

Wir treffen uns regelmäßig zum gemeinsamen Austausch, Planen und Ideen entwickeln.

ANMELDUNG:

Da es möglich ist, dass wir uns mal woanders treffen, schreibt uns am besten, - gerne auch kurzfristig - eine kurze E-Mail an jungegew-koeln@gew-nrw.de, damit wir euch auf dem Laufenden halten können.

TERMINE (2017):

06. März, 03. April, 01. Mai (gemeinsam zur 1. Mai-Kundgebung), 29. Mai, 03. Juli, 04. September, 09. Oktober, 06. November, 04. Dezember

AKTUELLE INFOS:

facebook.com/jungegewkoeln

immer um 18.30 Uhr





Ana García Rubio, landesweite Sprecherin der Schüler*innen- und Studierenden-Gewerkschaft SE, beim Generalstreik der Schüler*innen und Studierenden am 26. Oktober 2016.

„Investitionen in unsere Bildung sind für sie schlicht Geldverschwendung“

Interview mit der Sprecherin der Studierenden-Gewerkschaft „Sindicato de Estudiantes“ (SE) vor dem Hintergrund des großen und erfolgreichen Generalstreiks am 26. Oktober letzten Jahres in Spanien. **Das Interview führte Henry Isbaner, Mitglied der GEW Köln**

Zum Hintergrund: Anlass für den Generalstreik im Oktober war ein heftiger Angriff, der bereits im Sommer 2016 beschlossen worden war: die geplante Wiedereinführung der „Revalidierungen“ aus der Franco-Diktatur. Das Bestehen dieser zahlreichen, zusätzlichen Abschlussprüfungen am Ende der Primar-, Sekundar- und Post-Sekundarstufe wäre für einen weitergehenden, akademischen Bildungsweg obligatorisch geworden. Hunderttausende zwischen 14 und 16 Jahren hätten so vom Studium abgehalten werden können, welches wieder das Privileg einer reichen Minderheit geworden wäre.

*Was ist deine Aufgabe bei der Schüler*innen- und Studierenden-Gewerkschaft SE und könntest du kurz den Charakter dieser Gewerkschaft beschreiben?*

ANA GARCÍA RUBIO: In der Gewerkschaft „Sindicato de Estudiantes“ (Schüler*innen- und Studierenden-Gewerkschaft) bin ich Generalsekretärin, das heißt Sprecherin auf Landesebene. Es ist wichtig hervorzuheben, dass wir nicht ausschließlich eine Organisation für angehende Akademiker*innen aus Akademikerkreisen sind, sondern dass wir uns immer auch als die Organisation für Kinder von Arbeiter*innen präsentiert haben. Außerdem beschäftigt sich unser Programm nicht nur mit der Verteidigung der öffentlichen Bildung, sondern wir definieren uns darüber hinaus als Revolutionär*innen, Antikapitalist*innen und Internationalist*innen.

Wir kämpfen für eine öffentliche und hochwertige Bildung, sind uns aber auch im Klaren darüber, dass man, um dieses Ziel zu erreichen, nicht nur für die Veränderung des Bildungssystems kämpfen, sondern ebenso die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern und das kapitalistische System überwinden muss. Denn dieses kapitalistische System hat schuld daran, dass 99% der Bevölkerung keine Garantie auf den Zugang zu basalen Leistungen und ein würdevolles Leben haben.

Kannst du über die Gründe des Streiks und die „Ökonomisierung“ der Bildung in Spanien im Allgemeinen sprechen?

In Spanien haben wir in den letzten Jahren brutale Angriffe auf die Lebensbedingungen von Arbeitnehmer*innen und Jugendlichen gesehen. Seit Beginn der letzten Krise hat die rechte Regierung keinen Zweifel daran gelassen, dass sie uns für den Großteil der Krise bezahlen lassen will, eine Krise, die wir nicht zu verantworten haben.

Und die Bildung ist ein Bereich, der besonders hart attackiert wurde. Der Grund ist recht simpel: Sie möchten nicht, dass junge Menschen aus sozial und ökonomisch benachteiligten Familien Zugang zu Bildung bekommen. Weil das, was sie für uns vorsehen, nichts anderes ist als prekäre, ungewisse Arbeit und Arbeitslosigkeit. Deshalb wäre aus ihrer Sichtweise eine Investition in unsere Bildung schlicht Geldverschwendung.

Sie wollen uns entwaffnen, uns die Qualifikationen nehmen, damit wir gezwungen sind, in Zukunft Jobs unter noch schlimmeren Bedingungen anzunehmen. Auf der anderen Seite wollen sie aus der Bildung Profit schlagen anstatt diese als öffentliche Dienstleistung zu haben. Warum sollte man Geld für Bildung ausgeben, wenn sich damit saftige Gewinne erwirtschaften lassen? Hinter den ganzen Maßnahmen der Regierung hat sich immer dieses Ziel verborgen: Sie würden gern die Zeit wieder an die Stelle in der Geschichte zurückdrehen, wo nur jene, die Geld hatten, Zugang zu Bildung bekamen. Genau das passierte in Spanien während der Franco-Diktatur in den 50er Jahren, als nur wohlhabende Familien eine Garantie auf einen Studienplatz hatten.

*Welche Rolle haben die Schüler*innen und Studierenden bei der Mobilisierung gespielt und wie habt ihr sie mobilisiert?*

Die Schüler*innen und Studierenden haben eine herausragende Rolle bei der Mobilisierung gespielt, gegen die elitären Maßnahmen, die der Staat gerne hinsichtlich der Bildung ergreifen würde. Als SE haben wir seit dem Jahr 2012 zu 25 Generalstreiktage aufgerufen, an denen sich die Aulen der Schulen leerten und die Straßen füllten. Wir haben es geschafft, die Gewerkschaftsbünde unter Druck zu setzen, die ja immer den sozialen Frieden wahren möchten.

Wir konnten auf die enorme kämpferische Stimmung bauen, welche unter den Eltern, Lehrer*innen, Schüler*innen und Studierenden herrschte. Wir haben es sogar geschafft, dass sich uns bei einigen Streiks auch Professor*innen und Lehrer*innen anschlossen, was unsere Bewegung nur umso stärker gemacht hat.

Unser eigentlicher großer Beitrag war es, das Banner des Kampfes hoch zu halten, des echten Kampfes, konsequent und überzeugend und dabei die wahren Absichten der Regierung aufzudecken. Es gab sogar einige Gelegenheiten, bei denen die Mobilisierungsaktionen zu einer Art Katalysator für all die soziale Unzufriedenheit gegenüber der Regierung wurden, und hunderttausende Studierende, Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen und Arbeiter*innen gemeinsam kämpfend auf die Straße lockten.



In Barcelona gingen rund 50.000 Eltern, Dozent*innen, Lehrer*innen und Schüler*innen auf die Straße; landesweit waren es gut 200.000.

Welches waren die Erfolge und was ist eure Perspektive für die Zukunft? Welche Schlussfolgerungen habt ihr also gezogen?

Als erstes konnten wir zeigen, dass entgegen der Behauptungen der Gewerkschaftsspitzen, die nur den sogenannten sozialen Frieden aufrecht erhalten wollen, die Leute sehr wohl willens sind zu kämpfen. Wir haben große Sympathien in breiten Teilen der Arbeitnehmerschaft gewonnen.

Darüber hinaus haben wir aber auch konkrete Siege erzielt: Wir haben es beispielsweise geschafft, die francistischen Zugangsvoraussetzungen abzuwenden. Diese waren eine harte Maßnahme, die darauf abzielte, hunderttausende Jugendliche vom Bildungssystem vorzeitig auszuschließen. Sozusagen als Hochschulfilter für Studierende aus sozial und ökonomisch benachteiligten Familien.

Das wichtigste ist aber, dass unser Beispiel zeigen konnte, dass man – wenn man sich ganz konkret organisiert und gemeinsam kämpft und auf die Straße geht – gegen die Regierung gewinnen kann und das nicht nur im Bereich Bildung sondern in allen Bereichen. Selbstverständlich sind diese Erkenntnisse keine spanische Eigenart sondern natürlich auch für Deutschland und international gültig.

Wenn wir uns zusammen tun, uns organisieren und gemeinsam kämpfen sind wir unschlagbar. Das war ein wichtiger Sieg. Aber damit geben wir uns nicht zufrieden. Wir haben den Anspruch, all unsere Forderungen durchzusetzen, nicht nur die Rücknahme der francistischen Aufnahmebedingungen.

Schließlich verfolgt die Regierung weiterhin ihre Pläne. Sie haben weitere Kürzungen und Angriffe vorbereitet, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Wir haben gezeigt, dass man gewinnen kann und sind fest entschlossen damit weiter zu machen.



„Lernfabriken...Meutern“ ist ein bundesweites Bündnis, das sich 2015 gegründet hat, um kritischen Bildungsprotest überregional und nachhaltig zu organisieren. Die Ortsgruppe Köln gibt es seit März 2017 und sie besteht aus einer bunten Zusammensetzung aus Schüler*innen, Studierenden, Auszubildenden, Sozialarbeiter*innen und kritischen Lehrer*innen. Wir alle sind uns einig: Es muss sich gewaltig was ändern in unserem Bildungssystem!

Der folgende Aufruf macht dies deutlich:

Die Bedingungen, unter denen Bildung stattfindet, sind katastrophal. Der Putz bröckelt von den Schuldecken und die Hörsäle sind überfüllt. Die Unterfinanzierung der Bildungseinrichtungen führt zu überarbeitetem Lehrpersonal, zu großen Klassen und Kursen und schlechter Ausstattung. Immer öfter springen Unternehmen für die Finanzierung ein und können so in ihrem Interesse die Inhalte bestimmen – doch hier liegt nicht das einzige Problem:

Konkurrenz und Ausschluss prägen das ganze Bildungssystem. Im Kampf um die besten Plätze in dieser Gesellschaft werden weite Personenkreise ausgegrenzt. Schon in Kindertagesstätten ist nicht Platz für alle. Nach der Grundschule werden junge Menschen in verschiedene Schulformen sortiert. Die Auslese richtet sich unter anderem nach dem Bildungsgrad und dem Einkommen der Eltern, der ethnischen Herkunft oder dem Geschlecht. So ist oft schon vorbestimmt, wer welchen Abschluss erreichen kann und wer nicht.

Ständiger Leistungsdruck und Disziplinierung rauben den Spaß am Lernen und unterdrücken jeden Funken Neugier. Gelernt wird für die gute Note. Der eigene Drang nach Wissen wird blockiert und individuelle Entfaltung findet keinen Platz. Vermehrt leiden schon junge Menschen an Burn-Out und Depression – das heutige Bildungssystem macht Menschen krank.

Selbstbestimmtes Handeln, politische Teilhabe und kritisches Hinterfragen werden zugunsten braver Anpasstheit an die Erfordernisse der Wirtschaft unterdrückt. Wie und was gelernt wird, ist größtenteils vorgegeben und kann nicht von allen Beteiligten mitgestaltet werden. Lehre und Wissenschaft werden nicht nach den Bedürfnissen der Individuen ausgerichtet. Es scheint, als sollten wir nur das lernen, was der Arbeitsmarkt verlangt.

Verlierer*innen finden sich auf allen Seiten: Schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen treffen nicht nur Lehrkräfte an Schulen, sondern auch wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Auszubildende, Erzieher*innen, Personal für Technik, Verwaltung und Reinigung. Letztendlich trifft es die Gesellschaft als Ganzes. Wie können wir an einer Lösung für so drängende Probleme wie Armut, Wirtschaftskrise, Unterdrückung, Krieg und Klimawandel arbeiten, wenn jede*r von der Schule an nur noch damit beschäftigt ist, nicht in der Konkurrenz unterzugehen?

Kontakt zur Ortsgruppe Köln: koeln@lernfabriken-meutern.de
Facebook-Seite: Lernfabriken Meutern Köln

Deshalb kämpfen wir für folgende Ziele:

Gemeinsam lernen!

Heute werden Menschen in Gruppen aufgeteilt, die unser Leben stark vorbestimmen. Nur wenige Menschen dürfen bei den „besten“ Schulen mitmachen.

Wir wollen, dass es keine Aufteilung in unterschiedliche Schulformen gibt. Es braucht eine Schule, in der wir alle zusammen lernen können.

Unterstützung statt Bewertung!

Noten bestimmen heute maßgeblich das Leben der Lernenden. Lehrkräfte sind gezwungen die Lernenden zu sortieren. Dabei können diese Bewertungen unsere Fähigkeiten gar nicht abbilden. Wir brauchen daher keine Noten, sondern individuelle Lernbegleitung.

Finanzielle Unabhängigkeit!

Wir wollen genug Geld haben, um lernen und leben zu können. Egal ob in der Ausbildung, im Studium, in der Schule, der Erwerbslosigkeit oder der Lehre, allen Menschen muss gleiche Teilhabe möglich sein und Ausbeutung muss beendet werden.

Mehr Geld für Bildung & Forschung!

Das Geld ist vorhanden, doch Bildung ist chronisch unterfinanziert. Bildungsorte kämpfen um die knappen Gelder und stehen in einer ständigen Konkurrenz.

Wir wollen, dass Bildung flächendeckend und nach unseren Bedürfnissen finanziert wird.

Keine Fremdbestimmung!

In Schule, Ausbildung und Hochschule bestimmen Lehr- und Ausbildungspläne das notwendige Wissen.

Lehrende müssen dies umsetzen und haben kaum Freiräume. Was und wie wir lernen und in welchem Tempo, dürfen wir nicht mitbestimmen. Wir wollen die Inhalte und Bedingungen unseres Lernens mit allen Beteiligten gestalten.

Lasst uns gemeinsam auf die Straße gehen, lasst uns gemeinsam etwas verändern, lasst uns gegen Lernfabriken ...meutern!

Sozialer Wohnungsbau ...

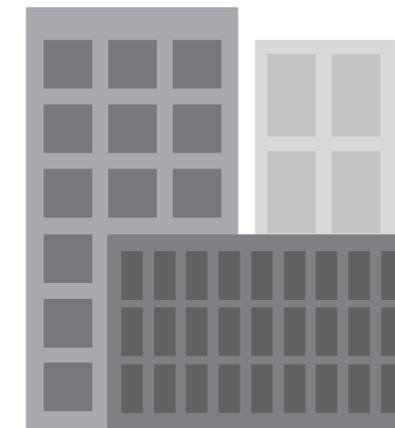
von Helga Löbbert

... geht anders, und ich möchte behaupten, auch zu damaliger Zeit war es eher exzentrisch, sich für sein Hobby ein Haus, was heißt hier Haus? Schloss bauen zu lassen. Kenner der Materie, also auch viele Lehrer, die mit ihren Klassen in den allseits beliebten Filzpantoffeln übers Parkett rutschten, ahnen jetzt von welcher Zeit, welchem Gebäude und welchem Bauherrn die Rede ist. In nur wenigen Jahren entstand zwischen 1729 und 1737 nach den Plänen des kurbayrischen Hofbaumeisters Francois de Cuvillies das Jagdschloss Falkenburg. Dieser wunderschöne Rokokobau war eines der bevorzugten Jagdschlösser des Kölner Kurfürsten und Erzbischofs Clemens August, ein Rückzugsort für den Wittelsbacher und seine Gäste, die auch der Falkenjagd zugetan waren. Die Wahl des Bauplatzes für dieses Jagdschloss wurde bestimmt durch die Flugbahn der Reiher, denen man von allen Vögeln am liebsten zu Leibe rückte. Auf dem Flug von ihren Fischgründen im Altrheingebiet bei Wesseling zu ihren Horten im Brühler Schlosspark von Schloss Augustsburg wurden die vollgefressenen Vögel von den abgerichteten Falken „gebeizt“, das heißt, die Falken holten die satten Rei-

her vom Himmel und legten sie quasi dem leidenschaftlichen Falkenjäger und seinen Jagdkumpanen vor die Füße. Diese Jagd war kein Nahrungserwerb, sondern man betrieb es als Sport, fragt sich, ob die Reiher das auch so sportlich sahen. Die Vögel wurden beringt und wieder freigelassen. Ob das immer so klappte und der eine oder andere Vogel doch auf der Strecke blieb, ist jetzt nicht so direkt überliefert. Übrigens eigneten sich die weiblichen Falken besser für die Jagd, weil sie größer als ihre Männer waren.

In einem der Nebengebäude wird in anschaulicher Weise die Falknerei in einer originalgetreuen Falkenstube dargestellt. Das zahlreiche Personal hatte schöne Uniformen, blau-weiß wie es sich für Bedientete der Wittelsbacher gehörte. Die Falken hatten jetzt nicht so viel von diesem Prunk, denn sie hatten Hauben auf dem Kopf und lebten in abgedunkelten Räumen zwecks Konzentration auf die Jagd.

Nach dem Jagdvergnügen versammelte sich die höfische Gesellschaft zu Souper und Spiel in den kostbar ausgestatteten Innenräumen des Schlosses. Unter den vollständig erhaltenen Räumen, die aufwendig restauriert worden sind, ragen die Ka-



binette mit ihren wunderbaren Tapeten und Spiegeln, Stuckdecken und Gemälden hervor. Dort ging es intimer zu. Betten gibt es heute in dem Inventar nicht mehr - man hat sie nicht aufgehoben, weil sie für die Nachgeborenen viel zu kurz waren - aber ein Bild von Clemens August im Morgenmantel und Nachtmütze eine Teetasse haltend, und, wie die junge Dame, die uns sehr kompetent führte, stark retuschiert, in Wirklichkeit sei er noch viel hässlicher gewesen. Ich fand ihn so schon wenig attraktiv. Als Erzbischof musste er den Frauen ja auch nicht gefallen.

Das Schönste in Schloss Falkenlust ist das Treppenhaus. 10581 handgemalte Fliesen, natürlich blau-weiß, Motive der Falkenjagd darstellend mit den Initialen C A. Konnte C A. nicht einschlafen, konnte er ja diese zählen.

Foto: Stiftung Haus der Geschichte/Axel Thünker



Wir gehen in den Untergrund!

Besuch im HAUS DER GESCHICHTE in Bonn

Im Museum wird das Glasdach erneuert. Statt der Dauerausstellung können wir deshalb solange die „OBJEKTE IM DUNKELN“ des Depots bestaunen, die man sonst nicht zu Gesicht bekommt. Zu einer Führung treffen wir uns deshalb am Dienstag, 24.10.2017 um 10.45 Uhr im Foyer am Informationsschalter.

Am einfachsten kommt man mit der Linie 16 von Köln aus dorthin (Haltestelle Heussallee/Museumsmeile, Ausgang Haus der Geschichte).

Verbindliche Anmeldung (und Abmeldung, falls nötig) in der Kölner Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267)

Wer im Anschluss noch mit ins Museumscafé möchte, teilt dies einfach bei der Anmeldung noch mit.



24.10.2017 - 25.2.2018

Edouard Manet

Edouard Manet, Die Reiterin, ca. 1882, Museo Thyssen-Bornemisza, Madrid

Einladung zur Ausstellung – EDOUARD MANET – im Von Der Heydt – Museum Wuppertal

Donnerstag, 16.11.2017 | Treffpunkt 11.45 Uhr im Foyer des Museums | Kostenbeitrag: 10 Euro

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab Köln Hbf. 10.25 Uhr an Wuppertal Hbf. 11.09 Uhr plus 5minütiger Fußweg zum Museum.

Anfahrt mit dem Auto über die A 46 Richtung Wuppertal-Elberfeld. Da das Museum in der Fußgängerzone liegt, gibt es Parkmöglichkeiten in den umliegenden Parkhäusern.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle verbindlich anmelden (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden. Teilen Sie bei der Anmeldung mit, ob Sie mit der Bahn anreisen und das Schöner-Tag-Ticket mitbenutzen wollen. Treffpunkt dann um 10 Uhr am Infostand im Kölner Hbf.

AKTIVE RUHESTÄNDLER



Industriemuseum – etwas einsam

Zu Besuch in der Tuchfabrik Müller in Euskirchen von Silke Weinberger-Brümmer

Euskirchen ist eine respektable Stadt, aber auch heute nicht gerade der Nabel der Welt. Und Euskirchen-Kuchenheim liegt noch ein wenig näher am Rande der Galaxis. Deshalb war ich froh, dass ich nicht auf den ÖPNV angewiesen war (= mehrere Male umsteigen), sondern dass mich nette Kolleg*innen im Auto mitnahmen. Auf der Hinfahrt überlegten wir, was für den Ort sprach, um dort Stoffe herzustellen. Die Fahrerin tippte auf Flachs-anbau in der Umgebung, ich hielt Schafe für genügend, dort zu gedeihen und den nötigen Rohstoff zu liefern.

Aber Pustekuchen! Zwar wurde in Kuchenheim nur Schafwolle verarbeitet, aber die kam schon im 19. Jahrhundert aus Neuseeland. Was also prädestinierte diesen Ort dazu, hier eine Fabrik zu gründen, wenn nicht einmal die richtigen Rohstoffe vorhanden waren?

Viel gerade nicht: Es gab ein Bächlein, seit 1801 dort eine Papiermühle, die besagten Bach so verdreckte, dass das sogar für die Zeit der Industriellen Revolution zu viel war, und dann gab bald die Eisenbahn. Das reichte, damit 1845 die Textilkarriere des Gebäudekomplexes ihren Anfang nahm und immerhin bis 1961 dauerte.

Zunächst begannen verschiedene Besitzer mit einer Spinnerei und Walkerei.

Das wurde ausgebaut, 1860 ersetzte eine erste Dampfmaschine den Mühlenantrieb, nach dem Kauf durch die Müllers gab es seit 1894 eine komplette Tuchfabrik.

Gewaschene Rohwolle wurde per Bahn geliefert, kam dann in die Färberei, danach in die Wolferei. Die hat aber nichts mit wilden Tieren zu tun, hier wird die Wolle gelockert und mechanisch gereinigt. In der Kremperei werden die Wollfasern dann m. H. von französischen Disteln quasi gekämmt und zu Vorgarn verarbeitet. Warum die Shedhalle als nächste Etappe einen englischen Namen braucht, obwohl Spinnerei verständlicher wäre, weiß ich nicht. Von da aus mussten die schweren Ballen zwei Treppen hoch in die Weberei geschleppt werden. Anschließend wurden die Loden- und Uniformstoffe noch gewalkt und unters Dach zur Endkontrolle transportiert.

Das alles war wohl ziemliche Knochenarbeit, die meist von Angelernten gemacht wurde. Nur die Weber waren Fachkräfte. Frauenjobs gab es nur in der Endkontrolle. Aber auch dort hätte ich damals nicht arbeiten wollen. Zu viel Fasern ungefiltert in der Luft, zu viel Lärm von allen Maschinen, zu viele – teilweise giftige – Sprühnebel in der Färberei, zu viel Stress, wenn ein Arbeiter für gleich 50 Spindeln an einer

Spinnmaschine verantwortlich war oder als Weber für zwei Webstühle auf einmal.

Aber wenn heute die über 100 Jahre alten Maschinen noch wie geschmiert laufen, dann ist das für uns schon faszinierend zu sehen. Und sehen kann man dank engagierter Ehrenamtler noch fast alles (nur gefärbt wird nicht mehr), denn Müllers warfen nichts weg. Sogar der Zylinder der ersten Dampfmaschine steht noch im Hof, obwohl gegen 1900 eine größere angeschafft wurde – aber man konnte das ja vielleicht noch mal für irgendetwas gebrauchen.

Auch nach der Schließung 1961 hat Kurt Müller noch lange auf bessere Zeiten gewartet und seine inzwischen überalterten Maschinen gepflegt und geölt. Das verschaffte uns heutigen die ungewöhnliche Möglichkeit, einen realistischen Blick in unsere industrielle Vergangenheit zu werfen. Nur die Dampfmaschine haben wir nicht in Aktion gesehen, denn heute werden die Maschinen elektrisch angetrieben. Da müssen wir wohl noch einmal wiederkommen, denn ab und zu kann man auch dieses Spektakel erleben.

forum

Einladung zum Besuch des Skulpturen-Parks in Köln

am Mittwoch, den 6.9.2017

Die Kunsthistorikerin Frau Trellopoulou-Pauli wird uns durch den Park führen.

Wir treffen uns um 10.45 Uhr am Eingang des Parks an der Riehler Straße. Von der Haltestelle Reichensperger Platz geht man ca. 5 Minuten Richtung Zoo. Der Eingang befindet sich auf der rechten Seite. Für alle, die sich vorher informieren möchten: www.skulpturenparkkoeln.de

Der Kostenbeitrag beträgt 3 Euro.

Die Teilnahme bitte telefonisch oder per E-Mail in der Geschäftsstelle anmelden (0221-516267, kontakt@gew-koeln.de) und dort auch bei Verhinderung abmelden.

Skulptur von Anish Kapoor, Untitled, 1997, Stahl, poliert, Dauerleihgabe Michael und Eleonore Stoffel Stiftung

Foto: Jutta Jüig, LVR



IMPRESSIONEN 1. MAI, KÖLN





Solidarität mit Sakine Yılmaz!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag auf politisches Asyl von Sakine Esen Yılmaz ist anerkannt. Das ist eine gute Nachricht!

Nun sucht sie in Köln eine Wohnung bis 50 qm. Die Miete sollte den Betrag von 522 Euro und 1,30 Euro NK/qm nicht übersteigen. Wir bitten euch bei der Wohnungssuche von Sakine zu helfen.

Hinweise bitte an Süleyman Ates (Mail: sileman62@hotmail.de; Tel.: 01577-1348008)

Danke im Voraus
Süleyman Ates, „Bundesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung“ (BAMA) und Mitglied der GEW Köln

„Die türkische Regierung hat fast 12.000 Lehrer*innen in den Kurdenregionen vom Dienst suspendiert, darunter viele Mitglieder der Bildungsgewerkschaft „Eğitim-Sen“. [...] Wie dramatisch die jüngsten Entwicklungen in der Türkei sind, zeigt sich auch daran, dass Sakine Esen Yılmaz, die Generalsekretärin der Bildungsgewerkschaft „Eğitim-Sen“, jüngst nach Deutschland geflohen ist, um hier Asyl zu beantragen. Die Lehrerin war wegen angeblicher Unterstützung terroristischer Organisationen in der Türkei bereits zweimal für sechs und zehn Monate im Gefängnis. Aus Furcht vor einer neuerlichen Inhaftierung hatte sie sich für die Flucht entschieden.“ (aus: „forum“ 5-2016; S. 28f)

Supervision für Lehrer*innen

Lehrer*innen empfinden sich oft als Einzelkämpfer*innen und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen. Ob Unsicherheit, Unzufriedenheit mit sich selbst, Probleme im Umgang mit Schüler*innen oder mit der Schulleitung – mit ihren beruflichen Sorgen bleiben Lehrer*innen häufig allein.

Insbesondere Referendar*innen und Berufsanfänger*innen fühlen sich häufig einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt und stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Beurteilungen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Aber auch das Gefühl, von den Kollegen*innen als „Anfänger*innen“ kritisch beäugt zu werden, führt oft zu Unsicherheiten und Belastungen. Gerade auch für diese Gruppe soll das Supervisionsangebot der GEW eine Unterstützung darstellen.

In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen.

Durch die Reflektion des eigenen Handelns erfahren Lehrer*innen Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung.

Darüber hinaus fördert die kollegiale Diskussion einen leichteren Umgang mit problematischem Schüler*innenverhalten und hilft bei Problemen im Kollegium. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Die GEW bietet zwei Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags bzw. donnerstags treffen. Die Termine werden mit den Teilnehmern und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart.

Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro (Nichtmitglieder 80 Euro).

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln).

SAVE THE DATE



Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Junge GEW/Studierende
04.09.2017, 18.30 Uhr, kl. Sitzungszimmer
09.10.2017, 18.30 Uhr, kl. Sitzungszimmer
06.11.2017, 18.30 Uhr, kl. Sitzungszimmer

AK LEMK
04.09.2017, 17 Uhr, Tagungsraum
09.10.2017, 17 Uhr, Tagungsraum
06.11.2017, 17 Uhr, Tagungsraum

FG Kita
Wir haben den monatlichen Rhythmus unserer Treffen auf alle zwei Monate geändert. Der jeweils 2. Montag wurde beibehalten.
11.09.2017, 18.30 Uhr, kl. Sitzungszimmer
Oktober: Sitzung entfällt
13.11.2017, 18.30 Uhr, kl. Sitzungszimmer
Dezember: Sitzung entfällt

AK Schulentwicklung
14.09.2017, 19 Uhr, kl. Sitzungszimmer

AK Angestellte
18.09.2017, 18 Uhr, kl. Sitzungszimmer
16.10.2017, 18 Uhr, kl. Sitzungszimmer

AK Inklusion
20.09.2017, 19 Uhr, Tagungsraum

AK OGS
25.09.2017, 18 Uhr, Großer Saal

FG Sonderpädagogische Berufe
26.09.2017, 19.30 Uhr, kl. Sitzungszimmer

FG Gymnasium
28.09.2017, von 17 Uhr bis 20 Uhr, Großer Saal
Theaterpädagogischer Workshop: „Locker vom Hocker“
Improvisationstheater für Lehrer*innen

FG Hochschule und Forschung
Wir, Angehörige verschiedener Kölner

Hochschulen, treffen uns am zweiten Mittwoch eines jeden Monats um 17.30 Uhr. In den geraden Monaten im Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Str. 47b, Raum 2.009; in den ungeraden Monaten an der TH Köln, Campus Südstadt, Ubierring 48, Raum 207/208.

AK Homosexuelle Lehrer*innen
Ziele der Gruppe sind gleichermaßen Erfahrungsaustausch über die Situation an der Schule und (bildungs-) politische Arbeit. Zu beiden Arbeitsfeldern treffen wir uns außerhalb der Schulferien an jedem ersten Donnerstag oder Freitag im Monat, meist um 19 Uhr. Nach den Sommerferien wollen wir noch als Fußgruppe an der CSD-Demo in Dortmund am Samstag, dem 9.9. teilnehmen. Infos unter: www.schwule-lehrer.de, www.lsbti.de und www.gew-nrw.de/sexuelle-vielfalt.html

Alle Termine finden, wenn nicht anders angegeben, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, statt. Die komplette Terminübersicht immer unter „Wir in Köln/Veranstaltungen“ auf unserer Homepage.

ARBEITSGREMIEN ZUM MITMACHEN!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kollegen*innen.

Berufskolleg
Jörg Buschmann, 0211-743497, joerg.buschmann@gew-nrw.de
Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

Förderschule/ Sonderpädagogische Berufe
Heiner Brokhausen, 02227-830567, heinerbro@web.de
Esther Brandt, 02204-305784, post@esther-brandt.de

Erwachsenenbildung
Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Gesamtschule
Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de
Werner Balfer, 0221-745180, w.balfer@posteo.de

Grundschule
Katharina Wollenschein, k.wollenschein@gmail.com
Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

Gymnasium

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4304533, fladerer@ish.de
Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net
Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de
Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

Hauptschule
Karin Distler, 0221-3981291, karin.distler@gmx.net
Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

Hochschule und Forschung
Anne Klein, anne.klein@uni-koeln.de

Realschule
Maria Backhaus, 0221-16932167, mariabackhaus@netcologne.de
Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Elke Görgen-Schmickler, 0221-419327, elkegoergen@web.de
Sozialpädagogische Berufe/Kita
Brunhilde Seeber, brunhilde.seeber@icloud.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

Inklusion
Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

Homosexuelle Lehrkräfte
Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de
Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrantenkinder (LEMK)
Beate Kleifgen, beatekleifgen@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de
Mustafa Ayirtir (HSU), 0172-7536269, ayirtir_mustafa@hotmail.de

Helma Rohm-Schnak, helnorosch@unitybox.de
Offener Ganztag
Hildegard Merten, 0221-526722, hi.merten@web.de

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Schulentwicklung Köln

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@netcologne.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER

Helga Löbber, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de
Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448, abhikachilles@web.de
Christina Krauwurst, christina-krauwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de
Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

JungeGEW/Studierende
Martin Mackenbach, martin.mackenbach@gew-nrw.de
Anneka Hündgen, hib-koeln@gew-nrw.de

GEW

TERMINHINWEIS

JAHRESHAUPT- VERSAMMLUNG

Diskussion und Verabschiedung einer neuen Satzung. Gemäß Beschluss und Auftrag der letzten Jahreshauptversammlung hat der Vorstand eine Kommission eingesetzt, um die Satzung zu überarbeiten und zu aktualisieren.

Die Satzungskommission legt ihren Entwurf nach der Sommerpause vor.

**Mittwoch ,
29.
November
2017,
18 Uhr,**

**Großer Saal des DGB-
Hauses Köln, Hans-
Böckler-Platz 1**

Die genaue Tagesordnung folgt im nächsten forum.



Bildung. Weiter denken!

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln

GEW

Einladung zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Unternehmerisches oder solidarisches Team?

Vielen von uns fällt es schwer, der eigenen Arbeit Grenzen zu setzen. Arbeitsdichte, Arbeitszeiten und Stress haben enorm zugenommen. Die meisten von uns arbeiten weit über das gesunde Maß hinaus. Und das ganz „von selbst“. Auch wenn wir merken, dass wir unsere Arbeitszeit auf Kosten unserer Freizeit und unserer Gesundheit ausdehnen, ist es sehr schwer, einfach „Nein“ zu sagen.

Unser Referent wird uns die arbeitspsychologischen Mechanismen bewusst machen, die dazu führen, dass wir uns immer stärker selbst und gegenseitig unter Druck setzen. Das Einfordern der sachlichen und persönlichen Mittel zur Aufgabenerfüllung gerät dabei aus dem Blick.

- **Methoden der Arbeits- und Organisationspsychologie im Bildungswesen**
- **Steuerung und Druckentfaltung durch Teamarbeit**
- **Belastende Strukturen im Team erkennen und ihnen begegnen**

Referent: Stephan Siemens

Experte für Arbeitspsychologie und Burnout-Prävention

**Donnerstag, 5. Oktober 2017,
18 Uhr Großer Saal des DGB-Hauses Köln
Hans-Böckler-Platz 1**

(S-Bahn Westbahnhof, U Bahn Linien 3, 4, 5 Hans-Böckler-Platz

Eine kurze Anmeldung ist erwünscht an: kontakt@gew-koeln.de

GEW Stadtverband Köln • Hans-Böckler-Platz 1 • 50672 Köln
Telefon (0221) 516267 • Fax (0221) 525446 • E-Mail: kontakt@gew-koeln.de • www.gew-koeln.de